Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 3 gültig vom 1. 1. 35).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 3 | Freitag, den 4. Januar 1935 | Jahrgang 1935

Kundgebung der deutschen Führerschaft gegen die Lügenflut im Ausland.

Einmütiges Bekenntnis der Spitzen von Staat, Wehrmacht und Partei zum Führer.

„Die ganze Nation eine verschworene Gemeinschaft!"

DNB **Berlin**, 3. Jan.

Die NSK meldet: In feierlichem Rahmen, in der festlich geschmückten Preußischen Staatsoper Unter den Linden fand heute nachmittag eine denkwürdige Kundgebung der gesamten deutschen Führerschaft statt, die in eindrucksvoller, einzigartiger Weise die Einheit und Geschlossenheit in der Führung der deutschen Nation gegenüber den neuerlichen Lügen und Verleumdungen im Auslande dokumentierte. Das Führerkorps der Partei, des Staates und der Wehrmacht war zu dieser Stunde in Berlin zusammengetreten, um dem Führer die Gefolgschaftstreue und dem ganzen deutschen Volke und der Welt die unerschütterliche Einigkeit all derer zu bekunden, die zur Führerschaft der deutschen Nation berufen sind.

Diese feierliche Demonstration zeigte schon rein äußerlich ein imposantes Bild: In Parkett und Rängen des festlichen Raumes die Führerköpfe sämtlicher Gliederungen und Organisationen des neuen Deutschlands vereint! Ein einziger geschlossener Eindruck, der unter der Führung Adolf Hitlers konzentrierten Kraft der deutschen Nation! In den ersten Reihen neben dem Führer und seinem Stellvertreter die Reichsminister, die Reichsleiter der Partei, die Reichsstatthalter, die Führer und Befehlshaber der deutschen Wehrmacht. Dahinter und auf den Rängen die Gruppenführer der SA, der SS und des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps und Amtsleiter der Reichsleitung der Partei, die hohen Offiziere der Wehrmacht und der Polizei, die Führer der Deutschen Arbeitsfront, des Deutschen Arbeitsdienstes, der Hitler-Jugend und all der zahlreichen anderen Gliederungen. Das ganze deutsche Volk war hier in diesem einen Raum in seiner Führerschaft vor seinem obersten Führer versammelt,

um in einer überwältigenden Kundgebung angesichts der bevorstehenden Saarabstimmung der Lügenhetze gegen das nationalsozialistische Deutschland und seine Führer entgegenzutreten; denn die Skrupellosigkeit der Lügenhetze, die von Emigrantenzentralen im Auslande organisiert und von ihnen systematisch genährt wird, ist nicht zu überbieten.

Tag für Tag werden Führerkämpfe aller gegen alle, Putschaktionen, Massenhinrichtungen und Revolten angekündigt. Einmal heißt es, Himmler gegen Blomberg, dann Blomberg und Himmler gegen Lutze, Göring gegen Goebbels und Göring gegen Wehrmacht und umgekehrt. Kurz — es gibt nichts an Blödsinn und Dummheit, was von ihnen in ihrem Haß gegen Deutschland nicht erfunden würde. Es wird über Deutschland von diesen berufsmäßigen Lügnern das Bild eines Tollhauses zusammenphantasiert.

Die heutige gewaltige Kundgebung der deutschen Führerschaft, diese imponierende Demonstration der Einheit, hat

mit einem einzigen Griff das Lügennetz zerrissen und mit einem einzigen Schlage die Hoffnungen derer zerstört, die in der Lüge gegen Deutschland die Befriedigung ihrer Haßgefühle sehen.

Den Erfolg ihrer Hetze erhielten sie heute in einer Demonstration der Geschlossenheit, wie wir sie in dieser unerhört wirkungsvollen Form in Deutschland noch nie gesehen haben.

Der Stellvertreter des Führers,

Rudolf Heß,

unter dessen Leitung die Kundgebung stand, eröffnete sie mit folgender Ansprache:

Die Kundgebung der deutschen Führerschaft ist eröffnet. Die Spitzen der Partei und des Staates sind hier versammelt, um gegenüber den im Auslande verbreiteten Lügen und Gerüchten, die wohl vor allem die Saarabstimmung beeinflussen sollen, Ihnen, mein Führer, unsere an sich so selbstverständliche Ergebenheit vor aller Oeffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen.

Als dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht sind Ihnen der Dank und die Wünsche der hier anwesenden Reichswehr zum Jahreswechsel bereits überbracht worden. Als dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung bringe ich Ihnen den tiefempfundenen Dank Ihrer alten politischen Kampftruppe, der NSDAP, und die leidenschaftlichen Wünsche Ihrer alten politischen Mitstreiter. Möge Ihre Arbeitskraft auch im kommenden Jahre in alter Energie zum Segen des jungen Deutschlands wirken.

Um Sie, mein Führer, sind die Männer versammelt, die nach Ihrem Willen das neue Deutschland mit aufbauen durften. Insbesondere die Männer, die in der von Ihnen geschaffenen Bewegung die Grundlagen für dieses neue Deutschland erkämpften — Männer, zusammengeschweißt in langen Jahren harten und schweren Ringens um die Macht, verbunden mit grenzenloser Liebe und Verehrung zu Ihnen, der Sie uns längst vor der Machtergreifung zum Inbegriff des Führers schlechthin geworden waren.

Voller Ergriffenheit sehen wir auf die Verwandlung Deutschlands in den zwei Jahren Ihrer Kanzlerschaft.

Wir stehen zu Ihnen in der inneren Verbundenheit, welche gemeinsam getragenes Leid, gemeinsam erlebte Freude und gemeinsam errungene Erfolge erzeugen — und die Ihnen die Gewißheit gibt, daß Ihre Führer in unerschütterlicher Treue auch in der kommenden Zeit für Sie und Ihr Werk, d. h. für das neue Deutschland der Ehre und Größe, ihre Befehle zu Taten werden lassen.

Zu Ihren alten Getreuen treten als ebenso feste Stützen des Staates die Führer der Wehrmacht. Die Gemeinsamkeit unserer Arbeit für Deutschland und unsere Liebe zu Deutschland — einst schon gemeinsam bewährt in der Front des Weltkrieges — vereint uns alle in gegenseitigem Vertrauen und in treuer Kampfverbundenheit. Und gemeinsam grüßen die Spitzen der Partei und des Staates — Ihre Paladine, Ihre Generale, Ihre Minister — Sie als den Führer Deutschlands in Dankbarkeit und Verehrung. Adolf Hitler, Siegheil!

Nach dem Siegheil auf den Führer erteilte Rudolf Heß dem preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring das Wort, der in seiner Eigenschaft als Hausherr den Führer und die Versammelten begrüßte und dem Führer die Neujahrsglückwünsche für die Reichsregierung, die Reichsstatthalter, die Vertreter der Länderregierungen, die Befehlshaber und Offiziere der Landespolizei, die Führer des Arbeitsdienstes und des Feldjägerkorps übermittelte.

Nach dem preußischen Ministerpräsidenten trat

der Führer

an das Rednerpult.

Adolf Hitler gab zunächst einen Rückblick auf das, was hinter uns liegt, auf das Werk und die Leistungen des verflossenen Jahres, auf die wir stolz sein könnten, und auf die Arbeit des kommenden Jahres.

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Saarabstimmung ging der Führer des Näheren auf die Lügenflut ein, die neuerdings wieder gegen das Reich in Szene gesetzt wird.

Dieselben Elemente, die die nationalsozialistische Bewegung 14 Jahre lang in Deutschland mit Lügen und Verleumdungen verfolgt und überschüttet hätten, kehrten heute draußen im Auslande zu den gleichen Methoden zurück, da ihnen andere Mittel gegen das neue Deutschland nicht zur Verfügung ständen.

Der Führer schilderte dann in überaus sarkastischer Weise, wie sie immer wieder nach ihren alten abgegriffenen Rezepten versuchten, durch Lügen den Anschein von Mißtrauen und Uneinigkeit zwischen den Führern in Deutschland zu erwecken. Ihre Parole sei: „Die Lügen verbreiten sich immer schneller als die Wahrheit. Darum lüge, lüge immerzu, vielleicht bleibt doch etwas hängen." Es gebe nichts, was so blöde und unverschämt sein könne, daß sie es nicht schrieben. Man spekuliere eben auf die Vergeßlichkeit und Dummheit der Menschen. Dabei verfielen sie allerdings auch immer wieder in die gleichen Fehler.

So hätten sie bisher stets zu ihrem eigenen Schaden die Termine des „deutschen Zusammenbruches" zu früh angegeben, um dann durch ihre eigenen Prophezeiungen Lügen gestraft zu werden.

Wenn sie jetzt nach diesen Erfahrungen vorsichtiger geworden seien und die nächste Aktion und Katastrophe in Deutschland erst für den 14. Januar voraussagten, damit nicht ihre Lüge noch vor der Abstimmung offenbar werde, so werde ihnen auch dieses Manöver nicht mehr viel helfen können.

Am 13. Januar sei es notwendig, daß unsere Brüder, die nach 15jährigem tapferen Widerstand in die Heimat zurück wollten, wissen, daß sie in eine würdige Heimat zurückkehrten. Und der Gegner werde erst recht wissen müssen, daß jeder Gedanke der Spekulation auf das Erbübel, das Deutschland noch immer geschlagen habe, auf unsere Uneinigkeit, dieses Mal vergeblich sei.

„Sie sollen nicht denken, daß sie einen von uns allein vor sich haben, sondern sie müssen alle wissen, in der Verteidigung der deutschen Ehre und in der Verteidigung des Friedens und der Lebensinteressen der Nation haben sie die ganze deutsche Nation, den ganzen heutigen Staat als eine verschworene Gemeinschaft sich gegenüber."

In packenden Worten, immer wieder von Beifallsstürmen des gesamten deutschen Führerkorps unterbrochen, sprach der Führer von der unlösbaren Schicksalsverbundenheit aller, die durch gemeinsame Arbeit im Vertrauen zueinander der großen Aufgabe des nationalsozialistischen Deutschlands der Nation und ihrer Zukunft dienen. Keine Schwierigkeit werde jemals größer sein, als unser Wille, unser Glaube, unsere Anständigkeit, unser Zusammenhalt und unsere gemeinschaftliche Arbeit.

Zum Schluß antwortete der Führer auf die ihm ausgesprochenen Glückwünsche für das neue Jahr: Ich möchte diese Glückwünsche Ihnen, die Sie die Vertreter des ganzen deutschen Volkes sind, erwidern und um einen vermehren:

Möge der allmächtige Gott unser Volk und Sie alle nicht nur gesund erhalten, sondern möge er uns auch für dieses kommende Jahr einen ganz starken Geist geben, um allen Aufgaben, die an uns herantreten, gerecht zu werden.

Wir wollen auch in diesem Jahre uns in grenzenlosem Vertrauen einander die Hände reichen und so wie bisher nicht nur in ein Jahr des Kampfes und der Sorgen, sondern auch des Sieges hineinmarschieren als eine Gemeinschaft, die durch garnichts erschüttert werden kann.

In einer von tiefer Ergriffenheit getragenen Beifallsdemonstration dankte die versammelte Führerschaft Adolf Hitler für seine Worte und gab in spontaner Weise ihrer Treue und ihrer Verbundenheit Ausdruck. Hier gilt das Wort „Um ihn lauert nicht Verrat, um ihn wacht die Treue."

Eine Adresse der Führerschaft.

Im Anschluß an die Rede des Führers erteilte Rudolf Heß noch einmal das Wort dem Ministerpräsidenten

Hermann Göring

der in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als hoher nationalsozialistischer Führer, General der Reichswehr und Mitglied des Reichskabinetts eine Adresse im Namen der Anwesenden verlas und ausführte:

Mein Führer! Noch erschüttert von den gewaltigen Worten, die Sie eben zu uns gesprochen haben, darf ich Ihnen in dieser Adresse versichern, daß wir alle bis aufs Letzte und bis ins Tiefste ergriffen sind, daß wir bereit sind, als geschlossenes Ganzes, als Kameraden auf Leben und Tod Ihnen zu folgen. In diesem Geiste und in diesem Sinne hat Ihnen die hier versammelte deutsche Führerschaft folgende Adresse zu übergeben:

„Die hier versammelten Mitglieder der Reichsregierung und der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die Reichsstatthalter und die Vertreter der Länderregierungen, die Chefs und Offiziere der Wehrmacht, die Befehlshaber und Offiziere der Landespolizei, die Gauleiter der Partei, die Führer der SA, SS, des NSKK, des Arbeitsdienstes, des Feldjägerkorps und der Hitlerjugend danken Ihnen für Ihre eindrucksvollen und hinreißenden Worte.

Das Vertrauen, das Sie uns ausgesprochen haben, erfüllt uns mit tiefem Stolz. Eine ebenso unverantwortliche wie durchsichtige Hetze im Auslande versucht angesichts der bevorstehenden Abstimmung an der Saar, die unsere deutschen Brüder ins Heimatland zurückführen wird, vergeblich durch erfundene sinnlose Lügen und Gerüchte im Ausland wie in der Heimat Unruhe und Mißtrauen zu stiften, um die heimattreuen Saarländer in ihrer festen Haltung schwankend zu machen.

(Fortsetzung 2. Seite.)

Aufstand gegen Achmed Zogu?

Seit einigen Tagen werden in der europäischen Presse verschiedene Meldungen über einen Aufstand in Albanien verbreitet. Danach sollen etwa 3000 gut bewaffnete Rebellen unter Führung von Rektari Mucharem Bey im nordalbanischen Gebirge eine Erhebung gegen König Achmed Zogu versucht haben. Mucharem Bey war früher der erste Adjutant des Königs. Sein Widerstand soll vor allem durch die italienfreundliche Politik Achmed Zogus hervorgerufen worden sein. Nach einer „United-Preß"-Meldung wird der König von einer italienischen Leibgarde beschützt. In der Hauptstadt Tirana habe man bereits die Palastwachen verstärkt. Obwohl die Truppenbewegungen durch die herrschende strenge Kälte in den Bergen sehr erschwert würden, scheine der Aufstand niedergeschlagen zu sein. Mucharem Bey soll sich in der Hand der Regierungstruppen befinden.



König Achmed Zogu.

Im Gegensatz hierzu steht eine Meldung aus Athen, wonach in Berichten der griechischen Presse von einem stündlich zunehmenden Umfang der revolutionären Bewegung in Albanien die Rede ist. Viele Soldaten und Offiziere sollen desertiert sein und in offener Auflehnung gegen König Zogu sich den Rebellen angeschlossen haben. Es soll im Laufe des Mittwochs zu sehr schweren und blutigen Zusammenstößen zwischen Aufständischen und Regierungstruppen gekommen sein, in denen es Hunderte von Verwundeten gegeben haben soll. Infolge der strengen Kälte, die gegenwärtig in Albanien herrscht, soll es sehr schwierig für die Regierung sein, Truppenabteilungen in die Gebiete zu werfen, die sich im Aufruhr gegen die Zentralregierung in Tirana befinden. Die Lage in der Hauptstadt soll sehr ernst sein, da sich dort nicht nur die Zivilbevölkerung, sondern auch ein erheblicher Teil der Garnison offen gegen König Achmed Zogu gewandt haben, der durch ein Bombenattentat verletzt worden sei. Es sollen auch bereits Hunderte von Verhaftungen unter Beamten der Ministerien und anderer öffentlicher Behörden, sowie in privaten Gesellschaftskreisen vorgenommen worden sein.

All diese Aufstandsgerüchte werden vom Albanischen Pressebüro in Tirona dementiert. Die Gerüchte seien dadurch hervorgerufen worden, daß Muharrem Bey sich weigerte, einige von der Polizei gesuchte Personen, denen er in seinem Hause im Dorf Ulmischte Zuflucht gewährt hatte, den Behörden auszuliefern. Die Behörden hätten infolgedessen bestimmte Maßnahmen gegen ihn ergreifen müssen, und er habe dann die Flucht ergriffen. Abgesehen von diesem belanglosen Vorfall sei es nirgends zu Unruhen gekommen. Ueberall im ganzen Lande herrsche vielmehr völlige Ruhe. Von albanischer Seite wird außerdem noch bestritten, daß auf den König ein Attentat verübt und er dadurch verletzt worden sei.

Albanien, das wenig erschlossene Bergland der Skipetaren, eingekeilt zwischen größeren und mächtigeren Balkannationen und im Besitz eines Teils der ziemlich unzugänglichen Adriaküste, lag eigentlich immer außerhalb des europäischen Gesichtskreises. Das verunglückte Unternehmen des deutschen Prinzen zu Wied im Jahre 1914 brachte dem Lande zuerst in Deutschland größeres Interesse ein. Dann kamen die Kriegsjahre, und mit ihnen kam die Besetzung Albaniens durch Truppen der Mittelmächte. Ende 1918 bestand einen Augenblick die Gefahr einer gänzlichen Aufteilung des albanischen Gebiets. Mit Mühe und Not gelang es damals den Albaniern, unter geschickter Ausnutzung der Launen der Siegerstaaten, ihre Selbständigkeit zu retten. Parteienkämpfe stürzten das Land allerdings bald in immer größer werdende Wirrnisse. Die südslawische Orientierung oder eine Hin-

Geistlichkeit und katholische Saarjugend gegen den Status quo.

Eine eindeutige Erklärung.

:: **Saarbrücken**, 3. Januar.

In der „Saarbrücker Landeszeitung" findet sich eine Erklärung sämtlicher Dechanten des Saargebietes. Sie wendet sich mit entschiedenen und klaren Worten gegen die von den Status-quolern ausgesprengte Behauptung, ein großer Teil, ja sogar 80—90 v. H. der Geistlichen stünden hinter der „Neuen Saarpost" und dem Völkerbund und würden somit am 13. Januar für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes im Saargebiet stimmen. Dies entspreche durchaus nicht den Tatsachen. Gemäß dem Erlaß der Bischöfe von Trier und Speyer vom 12. November 1934 werde von den Geistlichen die Liebe und Treue zu unserem deutschen Volke und Vaterland als sittliche Tugend betrachtet. Danach werden sie pflichtgemäß handeln.

Ferner wird eine Erklärung der Führerschaft der Katholischen Saarjugend veröffentlicht, in der u. a. festgestellt wird, daß die Führung der katholischen Jugendverbände weder mit dem Deutschen Volksbund noch mit der „Neuen Saarpost" irgendwelche Beziehungen unterhalten habe. Das gleiche habe sie auch den örtlichen Vereinsleitungen zur Pflicht gemacht. In der Führung der katholischen Jugendverbände im Saargebiet sei der Wille zur Rückkehr zum Vaterlande der gleiche geblieben.

wendung zu Italien stand zur Debatte. In dieser Zeit des inneren Wirrwarrs war es, als die Welt zum ersten Mal etwas von Achmed Zogu hörte.

Achmed Zogu wurde im Oktober 1895 als Sohn von Dschemal Pascha, dem Führer der albanischen Nationalisten während der Türkenherrschaft, geboren. Seine Mutter stammte aus dem Geschlecht der Prinzen von Toptani in Tirana. Achmed wuchs bis zu dem frühen Tod seines Vaters, eines Mannes von besonderen Fähigkeiten, großem Einfluß im Lande und entscheidender Bedeutung in Konstantinopel, auf der alten Familienkula (Burg) Burgajet auf, kam dann mit sieben Jahren nach Konstantinopel in die kaiserlich-ottomanische Schule der Edelleute, dem Galata-Serail-Lyzeum, während seine Mutter die Führung über die Herrschaft Matja in fester Hand behielt, verließ aber schon nach drei Jahren beim Ausbruch des ersten Balkankrieges die Schule und trieb von da ab ein abenteuerliches Führerleben als Haupt seiner Anhänger im Matja- und Dibragebiet. Während der kurzen Episode der Regierungszeit des Fürsten von Wied verhielt er sich ruhig in Burgajet. Während des Weltkrieges trat er in österreichische Militärdienste und erreichte einen höheren Dienstgrad (nach anderen Quellen war er Unteroffizier und sieben Monate an der Front). Die Jahre von 1916 bis zum Friedensschluß verbrachte er in Wien, dann kehrte er über Rom nach Albanien zurück, wo er sich an die Spitze seiner Getreuen stellte und die fremden Besatzungstruppen aus Albanien vertrieb.

Für die europäische Politik gelangte er aber erst nach Essad Paschas Ermordung im Jahre 1920 in den Vordergrund, und zwar als Führer der konservativen Volkspartei, welche die alte albanische Geschlechterverfassung verteidigte und außenpolitisch nach Südslawien orientiert war, im Gegensatz zu der demokratischen Fortschrittspartei unter Bischof Fan Noli, die deutlich Anlehnung an Italien hatte.

Ende 1923 stürzte Achmed Zogu das seit Ende 1921 im Amt befindliche Kabinett Fan Noli, das an der Ausführung der von ihm versprochenen Reformen durch eine Militärklique verhindert worden war und so an Boden verloren hatte. Im März 1924 kam als Zwischenspiel ein kurzlebiges Kabinett Schefket Verlaci und im Juni wurde Zogu seinerseits wieder von Fan Noli mit italienischer Hilfe gestürzt. Er entfloh nach Belgrad. Dort organisierte er aus albanischen Anhängern, Serben und Ueberresten der Wrangel-Armee eine Truppe, mit der er noch im Dezember 1924 wieder in Albanien eindrang und Fan Noli zum Rücktritt zwang. Alsbald brachte er die albanische Verfassungsfrage zur Entscheidung. Bisher war an Stelle des 1914 gewählten Fürsten Wilhelm zu Wied, der an der Regierung behindert war, aber nicht verzichtet hatte, ein Regentschaftsrat Staatsoberhaupt. Eine verfassunggebende Versammlung beschloß nun am 21. Januar 1925 die Einführung der Republik und wählte am 1. Februar 1925 Zogu auf sieben Jahre zum Staats- und Ministerpräsidenten.

Inzwischen hatte er einen Frontwechsel vorgenommen. Mit seinen alten Freunden hatte er sich überworfen, endgültig, nachdem er mit Italien 1926 den Tirana-Pakt abgeschlossen hatte, Italien hatte ihm damals offenbar mit Geld unter die Arme gegriffen und ihm schon die Königskrone zugesagt. Bei einem Aufenthalt in Skutari wurde er dann am 5. September 1927 zum Fürsten von Skutari ausgerufen und gekrönt. Nachdem er sich des Einverständnisses von Italien versichert hatte, und die innerpolitischen Schwierigkeiten durch Neuwahlen zur Nationalversammlung, für die nur seine Anhänger aufgestellt wurden, behoben worden waren, ließ sich Zogu von der Nationalversammlung zum König von Albanien wählen und am 1. September 1928 als Zogu I., König der Skipetaren, krönen. Er fand allmählich die Anerkennung der europäischen Regierungen.

Zogu war mit der Tochter Schevket Verlaci Bey's verheiratet. Um seine Krönungspläne leichter verwirklichen und möglichst eine italienische Königstochter heiraten zu können, ließ er sich von seiner Frau scheiden, wodurch er sich seinen Schwager Zena Beg, der später in Prag ermordet wurde, und die Nordstämme entfremdete. Seine Bewerbungen in Rom erwiesen sich aber als erfolglos, und er mußte sich mit dem höchsten italienischen Orden, dem Annunziaten-Orden, zufrieden geben.

In den zehn Jahren, die seit der Machtübernahme Achmed Zogus verflossen sind, hat er sich um die Modernisierung Albaniens stark bemüht. Man muß allerdings bedenken, daß es das zivilisatorisch rückständigste Land in Europa ist, in dem er herrscht, und daß der Fortschritt dort nicht mit unseren Maßen gemessen werden kann, auch wenn es neben dem italienischen Geld italienische Technik ist, deren Kräfte dort eingesetzt worden sind. Die reformatorische Tätigkeit des Königs ist freilich nicht unangefochten geblieben. Es gibt nicht wenige Albanier, die mit dem Regime nicht zufrieden sind. So wurde auch auf den König im Februar 1931, als er wegen eines Magenleidens zur Konsultation eines Spezialisten in Wien weilte, ein Attentat von albanischen Studenten ausgeführt, dem zwei Herren des königlichen Dienstes zum Opfer fielen. Der König selbst, der kurz nach seiner Begleitung aus dem Opernhaus, vor dem der Revolverüberfall geschah, heraustrat, blieb unverletzt. Hat sich jetzt der Kreis der Unzufriedenen in Albanien selbst gegen ihn erhoben? Man wird dies im Augenblick noch dahingestellt sein lassen und abwarten müssen, was sich als glaubwürdiger herausstellen wird, das albanische Dementi oder die Meldungen der griechischen Presse, die allerdings wegen der Unterdrückung der griechischen Privatschulen im albanischen Nordepirus gegen Zogu ohne Frage voreingenommen und darum vielleicht allzuleicht der Versuchung verfallen ist, aus einer Mücke einen Elefanten zu machen.

Laval über seine Romreise.

Das Programm der römischen Veranstaltungen.

(!) **Paris**, 3. Januar.

Außenminister Laval ist am Donnerstag um 20,10 Uhr mit dem Rom-Expreß nach Italien abgereist. Auf dem Bahnhof hatten sich eine große Anzahl französischer Minister, der apostolische Nuntius und zahlreiche ausländische Vertreter der Frankreich befreundeten Mächte eingefunden.

Außenminister Laval hat der Presse folgende Erklärung übermittelt: „Die französisch-italienischen Verhandlungen waren heikel, aber stets von großer Herzlichkeit getragen. Die Aufgabe, die wir mit Mussolini unternehmen, ist aufregend, nicht nur, weil sie unsere beiden Länder betrifft, sondern auch, weil sie auf weit mehr abzielt.

Es handelt sich nicht nur darum, etwas ganz Natürliches herzustellen, d. h. die solide Grundlage einer unverbrüchlichen Freundschaft zwischen Italien und Frankreich, sondern auch unsere gemeinsame Freundschaft in den Dienst des Friedens zu stellen.

Ich werde die Belange Frankreichs verteidigen, Mussolini wird diejenigen Italiens wahrnehmen. Da wir die gleiche Auffassung von den ernsten Schwierigkeiten der Gegenwart haben, werden wir gemeinsam die Interessen des Friedens verteidigen. Ich bin bestrebt gewesen, nichts zu tun, was mit der Achtung unserer Freundschaften unvereinbar wäre. Ich bin hoch erfreut, bei allen Regierungen das gleiche Gefühl für die uns obliegende Verantwortung anzutreffen. Diejenigen, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben, werden nicht enttäuscht werden. Ich bin überzeugt, daß das von mir mit Mussolini unternommene Werk uns zu einer Annäherung aller derer führen muß, deren Zusammenarbeit für die Rettung des Friedens unerläßlich ist.

★

Für den Aufenthalt Lavals in Rom, der von seiner Tochter begleitet wird, sind vier Tage vorgesehen. Für Sonnabend und Sonntag sind zahlreiche politische Besprechungen zwischen Mussolini und Laval, dem italienischen Staatssekretär des Aeußern, Suvich, und den leitenden Beamten anberaumt. Der Montag gilt dem Besuch im Vatikan, der Dienstag der Rückreise.

Die Audienz wird in der Privatbibliothek Pius XI. erfolgen. Anschließend wird der Außenminister dem Papst seine Begleiter vorstellen. Am Nachmittag wird er mit dem Kardinalstaatssekretär Pacelli Besuche austauschen. Der französische Botschafter beim Heiligen Stuhl wird am Abend ein Essen zu Ehren des Außenministers geben, an dem die höchsten Würdenträger des Kardinalstaatssekretariats und verschiedene französische Prälaten teilnehmen werden.

„Noch eine weite Strecke Weges".

£ **London**, 3. Januar.

Die Nachricht, daß Außenminister Laval das Wochenende in Rom verbringen wird, hat in London große Ueberraschung hervorgerufen und der Stimmung der Enttäuschung, die angesichts des plötzlichen Eintretens unerwarteter Schwierigkeiten entstanden war, ein Ende bereitet. Amtliche Kreise äußern Genugtuung darüber, daß zum ersten Mal seit Kriegsende ein französischer Außenminister die Hauptstadt Italiens besuchen wird. Die Frage, durch welches Mittel die so jählings eingetretene Stockung der Verhandlungen beseitigt worden sei, wird in der Londoner Presse angesichts des Fehlens von Mitteilungen maßgebender Stellen nicht mit Bestimmtheit beantwortet.

Der Pariser Korrespondent der „Times" meint, obwohl in der afrikanischen Frage noch nicht alles geregelt sei und hinsichtlich der österreichischen Unabhängigkeit noch viel zu tun übrig bleibe, bestehe aller Grund, dem Ergebnis der Zusammenkunft mit Hoffnung entgegenzublicken. Die Hauptfrage des Tages, die der deutschen Aufrüstung, bedürfe noch viel geduldiger und beharrlicher Behandlung. Aber es sei zu hoffen, daß nunmehr die Möglichkeit entstehen werde, sich diesem bisher beinahe unnahbaren Gegenstand anzunähern.

Wie der Pariser Korrespondent der „Morningpost" hört,

hat Italien sich gegen eine endgültige Festlegung der Grenzen in Mitteleuropa erklärt und angeboten, Südslawien durch die Erklärung zu beruhigen, daß die Einheit der südslawischen Nation ein wesentliches Element der Festigkeit Europas bilde.

Dies würde ein Abrücken Roms von den kroatischen Separatisten bedeuten. Italien und Oesterreich hätten sich anscheinend mit der Beteiligung Rumäniens einverstanden erklärt, falls Polen ebenfalls eingeladen werde. Diese Bedingung habe Laval angenommen. Die in Paris erreichte Vereinbarung sei eigentlich nur eine Vorbereitung zu weiteren Vorbereitungen. Es sei noch eine weite Strecke Weges zurückzulegen.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald" behauptet, Mussolini habe angesichts der entstandenen Schwierigkeiten geraten, alle ehrgeizigen Pläne für einen mitteleuropäischen Pakt aufzugeben und sich auf die rein französisch-italienischen Fragen in Afrika zu beschränken. Wenn dies in persönlichen Aussprachen geregelt werden würde, dann müßte nach Erledigung der Saarabstimmung die mitteleuropäische Frage vorgenommen werden. Des guten Eindrucks wegen würden Frankreich und Italien vielleicht eine gemeinsame Erklärung abgeben, in der sie von neuem ihre Hingabe an den Grundsatz der österreichischen Unabhängigkeit versichern würden. Laval wünsche natürlich vor allem, sein Ansehen zu retten und sei daher bereit, beinahe unter jeder Bedingung nach Rom zu gehen.

Die Kundgebung der Führerschaft.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Mit Abscheu und Empörung wenden wir uns gegen diese von interessierter Seite stammenden Machenschaften. Die durch Ihr Vertrauen berufenen Inhaber höchster Reichs-, Staats- und Parteiämter, sowie Generale und Offiziere der Wehrmacht und Landespolizei, der altbewährten Führer der SA- und SS-Einheiten sowie alle anderen anwesenden, an hervorragender Stelle im öffentlichen Leben stehenden Männer erklären, alles daranzusetzen, um durch Standhaftigkeit, Aufklärung und Durchgreifen diesen Verleumdungen ein rasches und gründliches Ende zu bereiten.

Der Versuch, uns durch diese raffinierte systematische Pressekampagne mürbe zu machen, soll und wird an unseren eisernen Nerven und unserer gegenseitigen Treue und Verschworenheit scheitern.

In blindem Gehorsam werden wir alle auch in diesem Jahre Ihnen als unserem Führer folgen, erfüllt von dem unerschütterlichen Vertrauen, daß all Ihr Fühlen und Denken, Ihre rastlose Arbeit nur dem Blühen und Gedeihen des deutschen Volkes gewidmet ist, eines Volkes, das nichts anderes will, als in friedlicher Gleichberechtigung mit allen anderen Völkern zu leben unter Vertretung seiner Ehre und seiner Freiheit."

Sie alle aber fordere ich auf, dieses Gelöbnis zu bekräftigen mit dem Rufe: Unserem heißgeliebten Führer ein dreifaches Sieg-Heil!

Wie ein geschlossener Block erhoben sich spontan die Versammelten und stimmten voll jubelnder Begeisterung in das Sieg-Heil ein.

Dann schloß der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß die Kundgebung der deutschen Führerschaft.

Festvorstellung in der Staatsoper.

DNB. **Berlin**, 3. Januar.

Die große Neujahrskundgebung der NSDAP, die ausgestaltet war zu einer wuchtigen Kundgebung der gesamten deutschen Führerschaft gegen die Auslandshetze und die Lügenflut der Emigranten, prägte am Donnerstag nachmittag und Abend ganz Berlin ihren Stempel auf. Man sah eine Fülle von Uniformen, man sah fast alle bekannten Kämpfer des neuen Deutschlands und alle die Männer, die dieses neue Deutschland mit gebaut haben. Man bemerkte vielfach gerade diejenigen in herzlicher Freundschaft beisammen, die von der Auslandspresse in den letzten Tagen zu Feinden und Gegnern gestempelt worden sind.

Durch die ganze Wilhelmstraße und die Straße Unter den Linden bis zur Staatsoper stand vom frühen Nachmittag ab ein Ehrenspalier der SS für den Führer, dahinter in dichten Reihen die Berliner Bevölkerung. Vor der Staatsoper stand eine Ehrenformation der Berliner SA mit der Fahne Horst Wessels. Als dann der Führer, begleitet vom Stellvertreter des Führers Rudolf Heß, durch die Straßen fuhr, da kannte der Jubel keine Grenzen. Und genau so gestaltete sich in der Dämmerung des Abends die Rückfahrt des Führers zur Reichskanzlei. Immer wieder ist es ein herzliches, beglückendes Erlebnis, diese enge Verbindung zwischen Volk und Führer zu sehen.

Am Abend fuhr der Führer noch einmal durch dieses dichte Spalier zu der großen Festvorstellung in der Staatsoper, an der wiederum, wie an der Kundgebung am Nachmittag, die gesamte deutsche Führerschaft teilnahm. Ueber den Anwesenden lag noch die tiefe Ergriffenheit, die die Kundgebung und die Rede des Führers am Nachmittag ausgelöst hatten.

Innerhalb 24 Stunden.

DNB **Berlin**, 3. Januar.

Die NSK meldet: Die in ihrer Geschlossenheit so unerhört eindrucksvolle Kundgebung des deutschen Führerkorps in der Preußischen Staatsoper verdient auch in organisatorischer Hinsicht ganz besondere Beachtung, wenn man die Vorgeschichte dieses bedeutsamen nationalen Aktes kennt. Am Neujahrstage trafen in der Reichskanzlei Nachrichten über eine neue Lügenkampagne im Auslande aus Anlaß der bevorstehenden Saarabstimmung ein. Als Gegenmaßnahme wurde die sofortige Zusammenberufung der gesamten Führerschaft von Partei, Staat und Wehrmacht zu dieser Kundgebung beschlossen. Innerhalb von 24 Stunden konnte dieser Entschluß in die Tat umgesetzt werden. Nach 24 Stunden war aus allen Teilen Deutschlands das gesamte Führerkorps des Reiches in Berlin versammelt und jede Maßnahme, die zur Durchführung eines so wichtigen Aktes notwendig ist, getroffen. Bis ins einzelne war für alles Vorsorge getroffen. Der Hausherr der Preußischen Staatsoper, Ministerpräsident Göring, hatte in seiner Eigenschaft als Reichsluftfahrtminister sogar Luftschutzmaßnahmen veranlaßt und Luftsperre über Berlin verhängt. Die ausgezeichnete Durchführung dieser Führerkundgebung war so nicht zuletzt auch eine organisatorische Leistung, auf die wir stolz sein können.

Keine Fingerabdrücke Hauptmanns auf dem Erpresserbrief an Lindbergh.

Die Todesstrafe beantragt.

$ **Flemington**, 3. Januar.

Gestern begann hier, wie schon berichtet, der in der ganzen Welt beachtete Prozeß gegen den vermutlichen Räuber des Lindbergh-Kindes. Unter Anklage steht Bruno Richard Hauptmann wegen Entführung und Ermordung, ferner wegen Erpressung einer Lösesumme von 50 000 Dollars. Hauptmann leugnet jede Schuld, die Anklage stützt sich auf Indizien.

Der Tatbestand sei hier noch einmal zusammengefaßt: Ueber eine Leiter waren am Abend des 1. März 1932 Entführer in das Kinderzimmer der einsam in den Sourland Hills gelegenen Lindberghschen Besitzung eingedrungen und hatten das neunzehn Monate alte Kind des Ehepaares geraubt.

Am 12. Mai, über zwei Monate später, wurde die Leiche des Knaben von einem Neger unfern der elterlichen Wohnung im Walde, oberflächlich verscharrt, entdeckt.

Lindbergh hatte bereits 50 000 Dollars Lösegeld gezahlt, sie in der ihm vorgeschriebenen Weise durch einen Vertrauensmann um Mitternacht über die fast mannshohe Mauer des St.-Raymond-Friedhofes im Newyorker Stadtteil Broux werfen lassen. Die Erpressungsversuche häuften sich. Ein ehemaliger Justizbeamter, ein Mann namens Means, erbeutete gar 100 000 Dollars, die ihn inzwischen im Zuchthause landen ließen.

Ganz Amerika war zwei Monate lang auf höchste Alarmstufe gestellt; auch nach der Entdeckung der Kindesleiche blieb es bei der fieberhaften, systematischen und weniger systematischen Suche nach den Verbrechern. Es ist verständlich, daß ganz ausnehmend große Anstrengungen von der Staatspolizei New-Jersey gemacht wurden. Drastische Gesetze, die die Todesstrafe vorsahen, bedrohten von nun an in einzelnen Staaten jede Art von „Kidnapping". Bis am 18. September 1934 eine zunächst unglaubwürdig klingende Nachricht verbreitet wurde,

ein Mann mit Namen Bruno Richard Hauptmann war in dem Augenblick verhaftet worden, als er an einem Bankschalter einen aus dem Lindbergh-Lösegeld stammenden, gekennzeichneten Goldzertifikatschein — einen kleinen Schein, nur über 10 Dollars lautend — einzulösen versuchte.

Es kam die Entdeckung eines größeren Bankguthabens, es folgte das Umgraben eines Garagehofs mit dem Fund eines Betrages von 15 000 Dollars, sämtlich in gezeichneten Lindbergh-Scheinen. Hauptmann blieb dabei, das Geld von seinem auf einer Deutschlandreise verstorbenen Freund Isidor Fish erhalten zu haben.

Der nun begonnene Prozeß brachte sogleich am ersten Tag eine gewisse Sensation; denn der kriminalwissenschaftliche Sachverständige Hudson teilte Pressevertretern das Ergebnis seiner Untersuchungen zur Identifizierung der Fingerabdrücke auf dem Erpressungsbrief an Oberst Lindbergh mit und machte die aufsehenerregende Aussage,

daß sich Hauptmanns Fingerabdrücke nicht unter den mehreren Hunderten von Abdrücken befänden, die er auf dem Schreiben an Lindbergh entdeckt hatte.

„Ich habe wochenlang mit Zuhilfenahme der modernsten wissenschaftlichen Methoden daran gearbeitet, jeden dieser unendlich vielen Fingerabdrücke durch besondere Chemikalien klar herauszuarbeiten. Ich habe mich vor allem darum bemüht, festzustellen, ob die Fingerabdrücke Hauptmanns sich auf dem Papier, in dem Lindbergh zur Zahlung von 50 000 Dollar Lösegeld aufgefordert wurde, befänden. Ich konnte sie jedoch nicht entdecken."

Die Fingerabdruckfrage bildete in der Voruntersuchung eines der wichtigsten Indizien gegen Hauptmann; man hatte nämlich angenommen, daß Hauptmann persönlich das Kind Lindberghs aus dem Bettchen in seinem Schlafzimmer entführt und selbst den Lösegeldzettel geschrieben oder mindestens in der Lindberghschen Wohnung niedergelegt habe. Der Sachverständige Hudson erblickt in der Tatsache, daß Hauptmanns Fingerabdrücke sich nicht auf dem Schreiben befinden, einen Beweis dafür, daß Hauptmann den Zettel nicht in Händen gehabt hat, damit ist nach Ansicht Hudsons eines der wichtigsten Indizien für die Ueberführung Hauptmanns am Mord des Lindberghkindes mindestens schwer erschüttert, wenn nicht vollkommen fortgefallen.

In der Anklageschrift, die Staatsanwalt Milentz am zweiten Verhandlungstag, am Donnerstag, verlas, heißt es, Hauptmann habe am 1. März 1932 nach mehrmaliger Erkundung des Geländes mit einer selbstverfertigten Leiter einen Einbruch in das im ersten Stock gelegene Kinderzimmer der Wohnung Lindberghs verübt und das Kind geraubt. Die Leiter sei dann beim Herabsteigen unter der schweren Last zusammengebrochen. Dabei sei das Kind durch Herabfallen getötet worden. Hauptmann habe die Leiter und das Kind mitgenommen. Die Leiter habe er nach 50 Metern zurückgelassen. Das tote Kind sei von ihm in einer Entfernung von 1,6 Kilometer verscharrt worden, nachdem er ihm seine Kleidungsstücke ausgezogen hatte. Die Kleidungsstücke habe Hauptmann zur Erpressung des Lösegeldes verwendet. Zum Schluß beantragte der Staatsanwalt die Todesstrafe für Hauptmann.

Ein Film zurückgezogen.

Berlin, 3. Januar.

Wie der „Filmkurier" erfährt, wird der Film „Um das Menschenrecht", der gegenwärtig im Ufa-Palast am Zoo läuft, zurückgezogen. Der Film läuft noch bis morgen einschließlich in diesem Theater, sämtliche weiteren Termine in Berlin und im Reiche fallen aus. — Inhalt des Films war die Darstellung des Kampfes der Freikorps.

Abessinien bittet um Eingreifen des Völkerbundes.

DNB **Genf**, 3. Januar.

Die abessinische Regierung hat am Donnerstag an den Generalsekretär des Völkerbundes ein neues Telegramm gerichtet, in dem der Rat um sein unmittelbares Eingreifen ersucht wird. Zunächst wird festgestellt, daß die vor Gerlogubi zusammengezogenen italienischen Truppen am 28. Dezember einen Angriff auf die abessinische Garnison verübt hätten. Italienische Flugzeuge überflögen das Gebiet und Tanks hielten sich in der Nähe auf.

Die abessinische Regierung verlangt unter Hinweis auf Artikel 11 des Völkerbundsvertrages die Anwendung aller Maßnahmen zur Wahrung des Friedens.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, hat der abessinischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, daß er die Mitglieder des Rates drahtlich von dem Schritt Abessiniens unterrichtet habe. Der Völkerbundsrat werde am 11. Januar zu seiner ordentlichen Tagung zusammentreten.

Die italienische Regierung hat ebenfalls am Donnerstag dem Völkerbundssekretariat ihre bereits veröffentlichte Note vom 26. Dezember übermittelt, in der sie die abessinischen Angaben vom 24. Dezember zurückweist. Sie stellt fest, daß die italienischen Truppen keinen Angriff verübt hätten und auch nicht weiter vorgerückt seien.

★

Wie Reuter aus Genf zu berichten weiß, fürchtet man in Völkerbundskreisen, daß der Schritt Abessiniens beim Völkerbund die Verhandlungen zwischen Laval und Mussolini erschweren werde, da zu den zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen auch die des Somali-Landes, Erythreas und Abessiniens gehören.

Staatsschauspieler Hartmann kommt nach Berlin.

DNB **Wien**, 3. Jan.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die Verwaltung des Burgtheaters den Vertrag mit dem Burgschauspieler Paul Hartmann in beiderseitigem Einverständnis gelöst. Hartmann, der, wie erinnerlich, vor einiger Zeit vom Ministerpräsidenten Göring zum Staatsschauspieler ernannt worden ist, geht nach Berlin.

20 isländische Fischer auf treibender Eisscholle.

DNB **Reval**, 3. Jan.

Als am Mittwoch über 200 Fischer in der Nähe von Pernau auf dem zugefrorenen Rigaischen Meerbusen fischten, kam plötzlich ein Nordoststurm auf, der die Eisdecke vom Lande ablöste. Die Fischer wurden in die offene See hinausgetrieben. Etwa 180 Fischer konnten gerettet werden. 20 Fischer blieben jedoch verschollen, da der Sturm weitere Rettungsmaßnahmen unmöglich machte. Isländische Eisbrecher suchen die vermißten Fischer, die wahrscheinlich noch auf Eisschollen treiben.

Der Bischof von Würzburg, Ehrenfried, hat an seine Diözese den gleichen Aufruf zur Saarabstimmung gerichtet, wie die Erzbischöfe und Bischöfe der Paderborner, der Breslauer und der niederrheinischen Kirchenprovinz.

845000 Erbhöfe.

Das Statistische Reichsamt gilt mit Recht in der Welt als eine der gewissenhaftesten und erfindungsreichsten Behörden, deren Auskünfte nicht so leicht von anderen Aemtern der Welt übertroffen werden. Aber die Erbhofbauern machten es der Statistik wirklich nicht leicht. Seit der Schaffung des Reichserbhofgesetzes müht man sich im Statistischen Reichsamt und im Reichsnährstand vergeblich ab, alle Erbhofbauern einwandfrei zu erfassen. Es ist für die leitenden Stellen enorm wichtig zu wissen, wieviel Prozent des deutschen Bodens und wieviel landwirtschaftliche Betriebe unter das Reichserbhofgesetz fallen. Man braucht hier nur an die so wichtigen kreditpolitischen Fragen zu erinnern.

Nach dem Reichserbhofgesetz ist die Größe des Gutes nach oben mit 125 ha abgegrenzt, während sie nach unten durch den dehnbaren Begriff der Fläche, die eine Familie unabhängig vom Markt ernähren und zu bekleiden vermag, abgegrenzt ist. Infolgedessen haben die Anerbengerichte noch sehr viele Zweifelsfälle gerade bei diesen kleinen Betrieben zu klären. Das Statistische Reichsamt hat nun auf Grund der Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1933 einen ersten Versuch einer statistischen Gesamtdarstellung der Bedeutung der Erbhofbauern innerhalb der deutschen Landwirtschaft unternommen. Man hat unter voller Berücksichtigung der Fehlerquellen die Betriebsgrößen von 7,5 bis 125 ha in Deutschland zusammengerechnet. Vermutlich wird die inzwischen eingeleitete Erbhofstatistik noch im Laufe des Jahres 1935 die genauen und endgültigen Ziffern bringen. Sicherlich aber vermittelt der jetzt vorliegende Ueberblick schon ziemliche genaue Angaben.

Vermutlich hat man im ersten Augenblick die zahlenmäßige Bedeutung des Anteils der Erbhofbauern am deutschen Boden ein wenig überschätzt. Es zeigt sich jetzt, daß voraussichtlich 845 000 Betriebe als Erbhöfe in Frage kommen. Nun gibt es in Deutschland etwa 3 Millionen landwirtschaftliche Betriebe, so daß nur 28 Prozent davon Erbhöfe sein würden. Das Bild wird schon ein wenig anders, wenn man sich die Fläche vor Augen hält, die von diesen 845 000 Erbhöfen bewirtschaftet wird. Sie beträgt nämlich nicht weniger als 17,2 Millionen Hektar. Da die gesamte deutsche land- und forstwirtschaftliche Betriebsfläche 41,4 Millionen Hektar umfaßt, haben die Erbhöfe fast die Hälfte, nämlich 42 Prozent, in ihrem Besitz. Außerdem rechnet man noch mit einer Pachtfläche von 796 000 ha, so daß sich der Anteil der Erbhöfe auf 44 Prozent erhöht. Von den 56 Prozent, die nicht unter das Erbhofgesetz fallen, kommen 15 Millionen Hektar auf Großbetriebe und Großforsten, dagegen nur 8 Millionen Hektar auf die Kleinbetriebe.

Es ist nur zu natürlich, daß es innerhalb eines so weitgespannten Begriffs von 7,5 bis 125 ha auch noch recht interessante Unterschiede zwischen den einzelnen Größenklassen bei den Erbhofgütern gibt. Nicht weniger als zwei Drittel, 564 000 Erbhöfe, entfallen auf die Kleinbauern mit 7,5 bis 20 ha Besitz. Der mittelbäuerliche Erbhofbesitz von 20 bis 50 ha Größe umfaßt 232 000 Erbhöfe oder 28 Prozent. Erbhofbauern, die ein Besitztum in der Größe von 50 bis 125 ha besitzen, also ausgesprochene Großbauern, gibt es in Deutschland nur 50 000.

Es wird nun jeden Deutschen interessieren, nachdem er sich davon überzeugt hat, daß nur die knappe Hälfte des deutschen Grund und Bodens von Erbhofbauern bewirtschaftet wird, wie sich die Erbhofbauern prozentual auf das Deutsche Reich verteilen. Wenn man sich eine Karte des Deutschen Reiches mit einer Einteilung nach Ländern und Provinzen vorstellt, müßte das Land Bayern wie ein riesiger schwarzer Block besonders hervorragen. Auf 1000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entfallen auf Bayern insgesamt 48 Erbhöfe (auf Nordbayern sogar 52). Das ist die weitaus höchste Ziffer in ganz Deutschland. Erst in einem weiten Abstand folgen die Erbhofbauern in Westfalen mit 37, Schaumburg-Lippe mit 36, Hannover mit 34, Hohenzollern mit der gleichen Zahl, Oberschlesien mit 32, Sachsen mit 36, Württemberg mit 35, Thüringen mit der gleichen Zahl. Die Erbhofbauern sitzen also am zahlreichsten in Bayern und Württemberg im Süden, in Hannover und Westfalen im Norden, in Thüringen und Sachsen in Mitteldeutschland und in Schlesien und in der Grenzmark. Von Ostpreußen über Brandenburg, die Provinz Sachsen, Hessen-Nassau bis zur Rheinprovinz, der Pfalz und Baden zieht sich eine Fläche, auf der die Erbhofbauern lange nicht so stark vertreten sind. Ganz besonders würden auf einer solchen Karte aber Mecklenburg mit nur 14, Anhalt mit 19 und Pommern schließlich mit nur 24 Erbhöfen gegenüber einem Reichsdurchschnitt mit 32 auffallen.

Schließlich bleibt noch übrig, einmal kurz die Anzahl der Menschen zu betrachten, die in den Erbhöfen Nahrung finden. Am 16. Juni 1933 ermittelte das Statistische Reichsamt auf den 845 000 Erbhöfen insgesamt 5,1 Millionen Menschen. Davon entfallen vier Fünftel, nämlich 4,1 Millionen Personen, auf die Erbhofbauern selbst und ihre Angehörigen. Bis zu einer Betriebsgröße von 25 ha spielen die fremden Arbeitskräfte bei den Erbhofbauern eine nur geringe Rolle. In der Größenklasse von 25 bis 50 ha dagegen sind die fremden Arbeitskräfte fast ebenso stark wie der Bauer mit Familie, und bei den Erbhöfen über 50 ha überwiegen die Knechte und Mägde ganz erheblich die Erbhofbauern samt ihrer Familie. Aus diesen Ziffern lassen sich mannigfache Schlüsse ziehen, die auch sicherlich vom Reichsnährstand und den anderen daran interessierten Stellen gezogen werden.

Dem Führer und Reichskanzler sind zum Jahreswechsel eine Fülle von brieflichen und telegraphischen Glückwünschen aus allen Bevölkerungskreisen zugegangen. Da es ihm bei der großen Zahl dieser Kundgebungen und seiner starken dienstlichen Inanspruchnahme nicht möglich ist, die Glückwünsche einzeln zu beantworten, läßt er auf diesem Wege allen, die seiner in Treue gedacht haben, seinen herzlichen Dank übermitteln.

Gerichte und Führerprinzip.

Das Ergebnis der Beratungen des Ausschusses für bürgerliche Rechtspflege.

Die Reform der Gerichtsorganisation.

In der neuesten Nummer der Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht wird der Bericht des Ausschusses für die bürgerliche Rechtspflege veröffentlicht. Verfasser ist der stellvertretende Präsident der Akademie, Geheimrat Professor Dr. Kisch. Der Hauptteil seiner Darlegungen ist der Frage der Gerichtsorganisation gewidmet. die auch im Ausschuß selbst vorwiegend behandelt worden sei. Prinzipiell wird zunächst gesagt, daß es mit dem Anspruch des Staates auf Totalität nicht vereinbar sei, wenn in weiterem Umfange als bisher für bestimmte Arten von Rechtsstreitigkeiten oder für bestimmte Bevölkerungskreise Sondergerichte eingeführt würden. Auch der ständische Aufbau könne einen Anlaß höchstens zur Ehren und Disziplinargerichtsbarkeit, allenfalls einer gewissen Schiedsgerichtsbarkeit bieten. Abgelehnt werden darum auch die von gewissen Kreisen vorgebrachten Empfehlungen für Sondergerichte für Patentverletzungsstreitigkeiten.

Eingehend hat sich nach dem Referat von Dr. Kisch der Ausschuß mit dem Problem befaßt:

Kollegialgericht oder Alleinrichter.

Hierüber besagt der Bericht:

a) Für die Besetzung der Gerichte höherer Instanz mit einem Alleinrichter fand sich im Ausschuß keine Meinung. Das Rechtsmittel muß eine Chance besserer Rechtsprechung bieten. Die Wiederholung der Verhandlung vor einem einzigen Richter höherer Instanz aber bietet kaum eine Gewähr besserer Rechtsprechung als die erstinstanzliche Verhandlung.

b) Nicht so einheitlich dagegen war die Stimmung bezüglich der Frage, ob nicht wenigstens in erster Instanz alle Sachen grundsätzlich einem Alleinrichter zu überweisen seien, und zwar nicht nur — wie bei der später noch zu erwähnenden Idee eines Bezirksgerichts oder Rechtspflegeamtes — zwecks vorläufiger Siebung und eventueller Weitergabe, sondern zur zuständigen maßgeblichen Sachentscheidung.

Für diesen Gedanken machte ein Ausschußmitglied außer Gründen der Ersparnis vornehmlich die Klarheit des Gerichtsaufbaues, die Schleunigkeit und Energie der Prozeßdurchführung, vor allem aber die größere Unmittelbarkeit des Verfahrens und die größere Volksnähe des Alleinrichters geltend.

Die weit überwiegende Meinung des Ausschusses konnte sich diesem Vorschlag nicht anschließen. Erwogen wurden namentlich folgende Gesichtspunkte. Das Kollegialsystem für wichtigere erstinstanzliche Sachen entspreche einer jahrhundertelangen deutschen Uebung; eine zeitweise Abweichung im territorialen deutschen Prozeß des 18. Jahrhunderts habe sich nicht erhalten. Das Kollegialsystem finde sich denn auch fast in allen modernen Kulturstaaten, bis auf England, wo die zum Teil abweichenden Einrichtungen keineswegs ohne Widerspruch geblieben seien. Der Mann aus dem Volk werde naturgemäß zu dem mehrköpfigen Gericht größeres Vertrauen haben als zu dem Alleinrichter. Infolge der gegenseitigen Ergänzung und Kontrolle der Richter biete das Kollegialprinzip meist auch größere Gewähr für die sachliche Richtigkeit der Entscheidung, namentlich hinsichtlich der zutreffenden Beurteilung der Tatsache, die im Zivilprozeß gegenüber der Rechtsfrage weit überwiegende Bedeutung habe. Das sogenannte Führerprinzip, das heißt die Konzentrierung der Entscheidung in der Hand eines einzigen Verantwortlichen sei für das Gebiet der Staatsführung, der Verwaltung, der militärischen Maßnahmen, also überall dort, wo nach dem Bedürfnis des Einzelfalles ein frei gestalteter Entschluß zu fassen sei, weniger aber dort am Platz, wo es sich um die bloße Feststellung einer gegebenen tatsächlichen und rechtlichen Lage handle. Zudem sei die Arbeit im Kollegium ein unübertreffliches Mittel zur Anleitung und Erziehung des richterlichen Nachwuchses. Wenn die Anhänger der unbeschränkten erstinstanzlichen Zuständigkeit des Alleinrichters auch ihrerseits für die höhere Instanz das Kollegialsystem vorzögen, so liege darin ein Mangel an Folgerichtigkeit insofern, als damit die sachliche Ueberlegenheit des Kollegialgerichts anerkannt werde: wäre das Führerprinzip für die Rechtspflege geeignet, so müßte dasselbe gerade in der höheren, also entscheidenden Instanz zur Anwendung kommen.

Des weiteren würde das System ausschließlicher erstinstanzlicher Zuständigkeit des Alleinrichters selbst für die bedeutsamsten Prozesse Richter von so ungewöhnlich hohen Eigenschaften erfordern, daß — jedenfalls unter den heutigen Verhältnissen — noch nicht genügend voll geeignete Persönlichkeiten zur Verfügung stünden. Indem ferner dieses System die in ihrem Aufgabenkreis ohnehin schon stark verkürzten Landgerichte völlig beseitigte, würde es eine größere Anzahl, vielleicht hundert Berufsgerichte, notwendig machen, die eine qualitativ kaum so hochstehende, jedenfalls nicht so einheitliche Rechtsprechung gewährleisten würden, wie dies bei den gegenwärtigen Oberlandesgerichten der Fall sei; demgegenüber verdiene der jetzige Zustand ausreichend dezentralisierter Landgerichte, die zugleich für die wichtigeren Sachen als erste Instanz, für die weniger bedeutenden als Berufsgericht benutzt werden können, vom Standpunkt der Interessen der Volksgemeinschaft den Vorzug.

Der Bericht behandelt dann weiter eingehend die Frage nach der Verteilung erstinstanzlicher Sachen auf Amts- und Landgerichte, die Frage einer Teilung der landgerichtlichen Sachen. Hinsichtlich der Bildung von Spezialkammern aus Juristen und sachkundigen Laien nahm der Ausschuß eine sehr reservierte Haltung ein. Die allzu weitgehende Spezialisierung führe auch zur Aushöhlung der ordentlichen Gerichtsbarkeit und erscheine nicht viel besser als die Schaffung zahlreicher selbständiger Sondergerichte.

Von der Einsetzung gemischter Kammern, zusammengesetzt aus Juristen und sachkundigen Laien, rät der Ausschuß im allgemeinen ab, außer da, wo sie sich bereits das Vertrauen der Bevölkerungskreise errungen hätten, wie bei den Landesarbeitsgerichten und bei den Kammern für Handelssachen. Bei der Verletzung von Patenten könnten (im Anschluß an eine Empfehlung des Ausschusses der Akademie für gewerblichen Rechtsschutz) unter Zentralisierung bei wenigen Zivilgerichten besondere Patentkammern als zuständig erklärt werden.

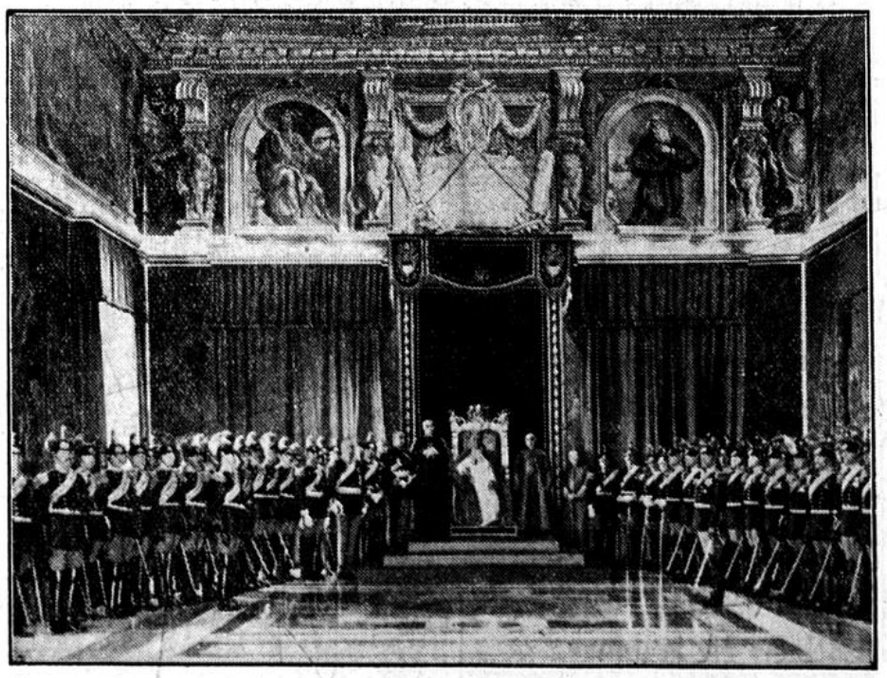
Schließlich hat der Ausschuß auch die Frage nach der

Stellung der Beisitzer im Richterkollegium,

das heißt die Frage des Führerprinzips, erörtert.

Unter Hinweis auf dieses Prinzip wird bekanntlich von sehr maßgeblicher Seite und mit großer Wärme der Gedanke vertreten, daß auch beim Kollegialgericht die verantwortliche Entscheidung allein dem Vorsitzenden zustehen solle, daß dagegen die Beisitzer lediglich beratende Funktion haben sollten, wenn auch natürlich nicht nach Art privater Sachverständiger, sondern unter amtlicher Verantwortung. Diesen an sich bestechenden Gedanken konnte sich der Ausschuß nicht zu eigen machen. Sicherlich sei das Führerprinzip für die prozeßleitende Gestaltung des Verfahrens am Platze. Die Rechtsfindungsaufgabe aber verlange die volle Verantwortung eines jeden Mitgliedes für den Akt der richterlichen Entscheidung. Die Führerstellung des Vorsitzenden, soweit von einer solchen hier gesprochen werden könne, werde mehr als durch solche formalgesetzliche Ausstattung mit der Verantwortlichkeit nach außen durch das Gewicht seiner Persönlichkeit und seiner Kenntnisse gewährleistet werden müssen. Und selbst die Möglichkeit einer Ueberstimmung des Vorsitzenden durch seine Beisitzer wiege weniger schwer als die Preisgabe der Vorteile echter Kollegialität. Ein Kollegium aber, bei welchem nur der Vorsitzende die Verantwortung der Entscheidung trage, sei in Wahrheit überhaupt kein Kollegium. Hierüber, sagt Prof. Dr. Kisch, bestand im Ausschuß volle Uebereinstimmung.

Der Neujahrsempfang im Vatikan.



Auch in diesem Jahr hielt Papst Pius XI. wieder einen großen Neujahrsempfang im Vatikan ab. Unser Bild zeigt eine Abordnung der Nobel-Garde während dieses Empfangs im großen Saal des päpstlichen Palastes.

Gegen Ausschlachtung der Weihnachtsansprache des Papstes.

K. Ko. **Rom**, Anfang Januar.

Französische Zeitungen hatten die Weihnachtsansprache des Papstes vor den Kardinälen in zugespitzten Auszügen ihren Lesern vorgesetzt und teilts in Ueberschriften teils in Kommentaren ihr eine politische Note, gegen Deutschland gerichtet, gegeben. Der Papst sollte nicht nur die Kulturpolitik der „deutschen Regierung" (also nicht die bestimmter Strömungen in der Oeffentlichkeit) verworfen, sondern auch Deutschland wegen seiner „Rüstungen" als Gefährder des Weltfriedens bezeichnet haben. Das katholische „Avvenire d'Italia" weist nun diese „Insinuationen" zurück und erklärt, der Papst habe durchaus unpolitisch gesprochen, erhaben über „jeden Partikularismus der Rasse und der Nation". Er habe keineswegs eine Nation mehr verurteilt als die andere. Seine Worte seien nicht gegen eine bestimmte Nation, nicht gegen ein bestimmtes Regime, sondern nur gegen den Irrtum überhaupt gerichtet gewesen.

Die Neujahrsansprache des Kardinals Bertram.

Der Erzbischof von Breslau, Kardinal Bertram, der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, hielt am 1. Januar im Breslauer Dom eine Ansprache, in der er auf das Verhältnis von Staat und Kirche und auch auf die Saarabstimmung einging. Er führte u. a. aus:

„Um was dreht sich denn unsere Sorge? Nicht um Aeußerlichkeiten, sondern unser Sinnen geht darauf, daß Christus Gestalt gewinne im Herzen und Leben des Volkes. Oder ist es Herrschsucht, von der die Hirten der Kirche im Ringen der Gegenwart geleitet sind? Oh, nein; wer heute in Hirtentum und Seelsorge wirkt, der weiß ganz genau, daß seine einzige Aufgabe ist: selbstloser Dienst am Volkswohl. Auch nicht von Oppositionslust gegen Regierung oder Parteien sind die Bischöfe in ihrer Stellungnahme zu den modernen Weltanschauungsfragen geleitet. Das sollte doch jeder Vernünftige sich selbst sagen, daß wir schon aus rein praktischen Gründen frei von der Anwandlung sind, im autoritären Staat ohne Not Opposition zu betreiben. Im Gegenteil, es ist aus religiöser Gewissenspflicht uns ernst mit der vollen Erfüllung des Christusgebotes von Achtung und Gehorsam gegen die weltliche Obrigkeit. Ich weiß, daß einzelne Stimmen in der ausländischen Presse nicht ganz einverstanden sind mit dieser umsichtigen Haltung. Das sind jene glücklichen Menschen, die sich frei von der letzten Verantwortung fühlen. Was wir erstreben, das ist nicht ein Einbruch in begründete Staatsrechte, sondern ein Ringen um Bewegungsfreiheit für jene religiöse Arbeit am Volk, die unmöglich auf die Mauern der Sakristei eingeschränkt werden kann, um jene Freiheit, die auch dann bestehen müßte, wenn sie nicht durch heilige Verträge ausdrücklich verbrieft wäre. Unser Ziel ist, daß die religiöse Ueberzeugung, Glaubensinnigkeit und Glaubensverbundenheit von Jugend, Familie und Gemeinden mit den Hirten und Hütern des religiösen Lebens nicht nur auf dem Papier stehe, sondern lebenswirklich sich gestaltet. In diesem Lichte wird auch unsere Sorge um Erhaltung der katholischen Vereine ein tieferes Verständnis finden. Eine vertrauensvolle Würdigung der Absichten der Kirche wird zu der Ueberzeugung führen, daß sie mit den politischen Intentionen vereinbar sind und diese ergänzen. Die volle Anerkennung dieses Charakters des kirchlichen Willens ist die sicherste Grundlage für den inneren Frieden. Es handelt sich um Dinge, in denen eine Verständigung doch wohl leicht möglich sein sollte, wenn man festhält an dem beiderseits bei Abschluß des Reichskonkordats geübten hochherzigen Vertrauen; schon die Würde der beiden hohen Partner verlangt eine restlos treue Durchführung; — und wenn man Wirklichkeit werden läßt, was der Herr Reichskanzler in seinem Briefe vom 28. April 1933 mit sicherem Blick und edler Klarheit mir kundgetan hat.

In diesem Streben sind die Oberhirten aller deutschen Diözesen in herzlicher Einigkeit verbunden. Von Zeit zu Zeit taucht das Gerede auf, daß im Episkopat selbst keine Einigung herrsche. Die Absicht bei solchem Gerede ist leicht erkennbar. Uns Bischöfen aber ist das Abschiedswort Jesu „ut omnes unum" viel zu heilig. Man vergleiche doch nur die Stimmen der ostdeutschen Oberhirten mit den Kundgebungen aus Bayern, man vergleiche die jüngste freimütige Koblenzer Rede des Bischofs von Trier mit dem soeben erschienenen aktuellen Buch des Erzbischofs von Freiburg über die „Nationalkirche". Da ist niemand, der die Augen verschließt vor der nackten Wirklichkeit; — niemand, der es fehlen ließe am Eintreten für loyalen Gehorsam gegen die Obrigkeit; — niemand, der nicht sehr wohl zu unterscheiden wüßte zwischen Personen und Behörden einerseits und geistigen Bewegungen andererseits."

Der Kardinal betonte dann die Einigkeit der deutschen Bischöfe und die enge Verbundenheit der katholischen Christenheit mit dem Heiligen Stuhl. Diese Verbundenheit sei eine kirchliche. Daneben stehe die Verbundenheit innerhalb des deutschen Volkes. Von dieser vaterländischen Verbundenheit geben die Opfer im Weltkrieg Zeugnis, ebenso zeugt davon unsere Teilnahme an den Sorgen des Vaterlandes in friedlicheren Zeiten. So habe ich z. B. bei den Wirren der oberschlesischen Abstimmung erklärt, daß man es nicht verstehen würde, wollte ich nicht bei aller Achtung vor der Abstimmungsfreiheit von Herzen wünschen, daß deutsches Gebiet bei Deutschland bleibe. Dasselbe ist bei aller Zurückhaltung in den rein politischen Fragen aus vaterländischer Gesinnung das Verlangen der Oberhirten bei der bevorstehenden Abstimmung im Westen des Vaterlandes.

Paris–Madagaskar in zehn Tagen.

Französischer Flugdienst quer über Afrika.

(!) **Paris**, 3. Januar.

Das französische Luftfahrtministerium will in nächster Zeit einen regelmäßigen Flugdienst zur diagonalen Ueberquerung Afrikas einrichten, die vom Nordosten bis zum Südwesten gehen soll und die algerischen Mittelmeerhäfen mit Madagaskar im Indischen Ozean verbindet.

Dies Werk kann nicht allein an der Streckenlänge gemessen werden, sondern an den außergewöhnlichen Bedingungen, unter denen der Flug auf dieser Strecke zu leiden hat. Auf dem ersten transsaharischen Flug am 7. September 1934, bei dem die Strecke festgelegt wurde, hat man z. B. selbst in einer Höhe von 1000 m noch eine Schattentemperatur von 38 Grad Celsius gemessen.

Die Strecke soll zweimal monatlich durchflogen werden. Die Reisedauer wird statt drei bis fünf Wochen bisher nur noch drei bis vier Tage betragen, gerechnet für die Strecke Paris nach Sudan. Der Tschadsee, der Fluß Ubangi, Belgisch-Kongo werden dann nur noch acht Tage von den europäischen Hauptstädten entfernt sein, es ist möglich, daß die Strecke später eine Aenderung erfährt und, von Niamy abzweigend, längs des Golfs von Guinea laufen wird, um die reichen Küstenstädte mitzunehmen. Für die vollständige Strecke nach Madagaskar bedarf es noch der Abkommen mit Belgien, England und Portugal.

Für den zweiten Teil der Gesamtstrecke sind schon erfolgreiche Versuchsflüge unternommen worden. Die Befliegung der vollen Strecke wird voraussichtlich nicht mehr lange auf sich warten lassen. Dann wäre man von Paris aus in zehn Tagen in Madagaskar. Die Reisenden, die dann den dunkeln Kontinent in den Luxuskabinen der Verkehrsflugzeuge überfliegen, werden kaum eine Vorstellung haben von der Herkulesarbeit der Menschen, die bisher diese Gebiete auf dem Erdboden durchqueren mußten.

Aus Westdeutschland.

In den Klärbrunnen gestürzt und ertrunken.

× **Wetter**, 3. Januar.

Am Mittwochmorgen stürzte auf der Kläranlage des Ruhrverbandes der Klärwärter Lothar Betzer in Ausübung seines Dienstes in den Klärbrunnen. Da er des Schwimmens unkundig war, konnte er sich nicht retten. Herbeigeeilte Nachbarn vermochten Betzer nur noch als Leiche aus dem Brunnen zu bergen.

Zum Landrat ernannt.

Meschede, 3. Januar.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst meldet, wurde Regierungsassessor Bald in Meschede zum Landrat ernannt.

Auflösung der Vestischen Kreisgaswerke.

Rwd. **Recklinghausen**, 3. Jan.

Den Forderungen der Zeit folgend, Gemeinden und Gemeindeverbände aus ihrer Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen zu lösen, hat der Landkreis Recklinghausen der Auflösung der Vestischen Kreisgaswerke GmbH zugestimmt. Diese waren im Jahre 1928 zu dem Zweck gebildet worden, eine einheitliche Gasfernversorgung für den gesamten Landkreis Recklinghausen zu schaffen. Gesellschafter waren der Landkreis Recklinghausen und die Vereinigten Gaswerke GmbH., Dortmund. Die Vereinigten Gaswerke Dortmund hatten 1930 bei der Schaffung der Vereinigten Elektrizitätswerke AG., Dortmund (VEW) ihre Geschäftsanteile an die VEW übertragen. Nun hat auch der Landkreis Recklinghausen, da ein selbständiges Bestehen der Vestischen Kreisgaswerke nicht mehr tunlich war, seinen Geschäftsanteil an die VEW übertragen. Die finanzielle Auseinandersetzung mit der VEW ist jetzt erfolgt.

Eine beispiellose Rettungstat in höchster Not

Vom sausenden Auto auf den Rücken eines durchgehenden Pferdes gesprungen.

r **Minden**, 3. Januar.

Auf der Straße nach Nienburg waren die Pferde einer Kutsche, in der sich die 13jährige Tochter des Gutsbesitzers Schwenkert und zwei sechsjährige Kinder befanden, plötzlich scheu geworden und gingen durch. Der Kutscher stürzte dabei vom Bock. Führerlos raste nun das Gefährt die Straße entlang und mußte jeden Augenblick abstürzen oder aber in der scharfen Kurve zerschellen.

Dies alles beobachtete der Führer eines in gleicher Richtung fahrenden Autos, der sofort die Verfolgung des Gespannes aufnahm. Als beide Fahrzeuge in gleicher Höhe lagen, übergab er schnellstens das Steuer seinem Mitfahrer und sprang mit einem Satz direkt auf den Rücken eines der durchgehenden Pferde. Glücklicherweise gelang es seinem rechtzeitigen Eingreifen, das Zerschellen des Wagens in der Kurve zu verhindern. Als der Wagen zum Stehen kam, lag das junge Mädchen in Ohnmacht, aber alle drei Menschen waren unverletzt geblieben.

Seine Frau mit dem Bügeleisen niedergeschlagen.

× **Essen**, 3. Januar.

Im Verlauf einer Auseinandersetzung brachte der 55 Jahre alte Invalide Theodor Kowoollik aus der Segerothstraße seiner 43jährigen Ehefrau mit dem Bügeleisen lebensgefährliche Verletzungen bei, sodaß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Täter wurde von der durch Hausbewohner alarmierten Polizei festgenommen.

Prozeß gegen den Essener Lotterieschwindler

Rwd. **Essen**, 3. Januar.

Der ehemalige Essener Lotterieeinnehmer Wilhelm Schönwald, der im Jahre 1933 mit Lotteriegeldern von über 200000 Mark flüchtig geworden war und später an der polnisch-tschechischen Grenze als angeblicher Perser „Ali Khan" festgenommen und vor einiger Zeit nach Deutschland ausgeliefert wurde, ist inzwischen von Beuthen nach Essen geschafft und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Er wird sich demnächst vor der Essener Strafkammer zu verantworten haben. Schönwald ist in vollem Umfang geständig, doch ist der Verbleib der veruntreuten Gelder noch nicht einwandfrei geklärt. Der Geschädigte war seinerzeit der Staat, der die zur Gewinnauszahlung bestimmten Gelder ersetzen mußte. Die glücklichen Gewinner — es handelte sich vor allem um zwei kleine Leute aus Westfalen, auf die ein Hauptgewinn gefallen war — haben jedenfalls ihr Geld erhalten.

Ihre Vermieterin durch Gas getötet.

× **Düsseldorf**, 3. Januar.

Am Morgen des 28. Dezember wurde die Witwe Jansen aus der Friedrichstraße in Düsseldorf in der Küche ihrer Wohnung, auf dem Ruhebett liegend, tot aufgefunden. Der Hahn der Gasleitung war geöffnet und durch das ausströmende Gas war die Frau getötet worden. Es wurde festgestellt, daß die Witwe am Abend vorher noch eine größere Menge Bier getrunken hatte. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß ein Selbstmord oder Unglücksfall vorliegen würde und die Verstorbene vielleicht in betrunkenem Zustand bewußt oder unbewußt den Gashahn geöffnet hatte.

Nun meldete sich bei der Polizei die Untermieterin der Jansen, die geschiedene Ehefrau Lang, und bezichtigte sich, den Tod der Jansen verursacht zu haben. Als Motiv der Tat gab die Lang folgendes an: Sie habe der Frau Jansen Vorgänge aus ihrem Leben anvertraut, die ihrem Bräutigam nicht bekannt werden durften. Im betrunkenen Zustand habe die Jansen aber wiederholt Andeutungen in Gegenwart des Bräutigams gemacht und sie lebe nun in ständiger Furcht, die Jansen werde dem Bräutigam alles erzählen und so ihr Verhältnis zu ihrem Bräutigam gefährden. Um sich dieser Sorge zu entledigen, habe sie am Abend des 27. Dezember vor dem Verlassen der Küche den Gashahn geöffnet. Als sie am anderen Morgen die Küche wieder betreten habe, habe sie die Jansen tot aufgefunden und diese Feststellung den Nachbarn erzählt. Die bisherige Ueberprüfung der Angaben der Lang gibt keinen Anhalt, an der Richtigkeit zu zweifeln.

Der Reichsfinanzminister in Köln.

:: **Köln**, 2. Januar.

Der Reichsminister der Finanzen Graf Schwerin v. Krosigk, wird am Mittwoch, 9. Januar 1935, den Präsidenten des Landesfinanzamts Köln, Dr. Heinrich Müller, in sein neues Amt einführen. Die Einführungsfeier findet im Großen Saal des Gürzenich zu Köln nachmittags 15 Uhr statt.

Ueberreste einer Römersiedlung entdeckt.

Rwd **Bad Neuenahr**, 3. Januar.

Bei Kanalisationsarbeiten an der Jahrhunderte alten Heerstraße, die nördlich von Bad Neuenahr an den Hängen der Weinberge vorbeiführt, stieß man in einer Tiefe von zwei bis drei Metern auf einer Strecke von mehr als 100 Metern auf Mauerreste und auf mehrere zerbrochene Krüge und Gefäße. Offenbar handelt es sich um Ueberreste einer früheren Römersiedlung, die anscheinend, wie eine starke Brandschicht auf den Mauerresten vermuten läßt, durch Feuer vernichtet worden ist.

Felssturz im Moseltal.

300 Zentner schwerer Felsblock abgestürzt.

Rwd. **Trier**, 3. Jan.

In der Nacht zum Mittwoch stürzte gegenüber der Neuen Moselbrücke an einem Seitenweg der Reichsstraße Trier—Köln, die dort über die Napoleonsbrücke auf die Eifelhöhen hinaufführt, ein etwa 300 Zentner schwerer Felsblock von den roten Sandsteinfelsen der linksseitigen Moselberge ab. Auf dem Seitenweg barst der Felsblock auseinander; einzelne Stücke rollten bis auf die Bitburger Straße hinab. Der Absturz wurde von einer Polizeistreife entdeckt, die sofort die Feuerwehr benachrichtigte. Von dieser wurden dann die an gefährlicher Stelle liegenden Steinblöcke entfernt, sodaß eine weitere Absturzgefahr nicht mehr bestand. Die Ursache des Felssturzes dürfte in den vielen Niederschlägen zu suchen sein.

Führerloser Lieferwagen auf abschüssiger Straße.

Ein Kind getötet, zwei Schwerverletzte.

⊙ **Neunkirchen**, 3. Januar.

Mittwoch mittag ereignete sich am oberen Markt ein schweres Kraftwagenunglück. Ein schwerbeladener Lieferwagen, der vor einer Schlächterei stand, geriet nach rückwärts immer schneller in Bewegung. Er sauste die abschüssige Straße hinab. Dabei wurde ein sechsjähriges Kind überfahren. Es war auf der Stelle tot. Der Wagen fuhr dann gegen ein Schaufenster, an dem eine Mutter mit ihrem vierjährigen Kinde stand. Dieses Kind wurde schwer verletzt. Die Mutter fiel in Ohnmacht. Ein Mann, der die Bremsen anziehen wollte, wurde ebenfalls schwer verletzt. Er und das vierjährige Kind schweben in Lebensgefahr.

★

× **Datteln**, 3. Jan. **Tot aufgefunden.** In dem Hausflur seiner Wohnung wurde in der Nacht zum Mittwoch der Berginvalide Friedrich Riepka aus Datteln tot aufgefunden. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß Riepka den Tod durch Sturz von der Treppe gefunden hat. Riepka war, als er abends gegen 10,30 Uhr nach Hause kam, in seine in der ersten Etage gelegene Wohnung gegangen und hatte dort ein Kleidungsstück ausgezogen. Dann muß er die Treppe heruntergefallen sein. Nach einem sogenannten rutschenden Sturz schlug der Kopf des Mannes derart hart auf die Steinfliesen auf, daß der Tod bald eingetreten sein muß.

Rwd **Euskirchen**, 3. Jan. **Wildererbande unschädlich gemacht.** Eine große Wildererbande konnte jetzt von der Gendarmerie in Commern unschädlich gemacht werden. Fünf Personen sind bereits vorläufig festgenommen und dem Amtsgerichtsgefängnis in Euskirchen zugeführt worden. In Schwerfen fand man bei einem Wildhändler eine größere Menge Wild, das fast ausschließlich von Wilderern stammte. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

Zur Errichtung einer Reichsfachschule für Musik in Essen.

Das städtische Presseamt teilt mit: Die Presse brachte vor einigen Wochen eine Mitteilung aus Essen, daß dort eine Reichsfachschule für Musik eingerichtet werden soll. Diese Schule würde die einzige zwischen Köln und Hannover sein und müßte von allen, die sich beruflich irgend einem Zweige in der Musik ausbilden wollen, besucht werden.

Der Präsident der Reichsmusikkammer hat nun in einem Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Dortmund und an die Vertretung der Musiklehranstalten des Industriebezirks mitgeteilt, daß diese Angaben den Absichten der Kammer nicht entsprächen. Insbesondere gäbe es keinerlei Verpflichtung für Musikstudierende, diese Schule zu besuchen, vielmehr könnten nach wie vor alle anerkannten Musiklehranstalten die Ausbildung in allen Zweigen der Tonkunst übernehmen.

Ob und wo weitere Fachschulen — auch zwischen Köln und Hannover — eingerichtet werden würden, hänge von den Erfahrungen ab, die mit der Essener Schule gemacht werden. Die letztere sei zunächst noch als ein Versuch zu betrachten.

Zur Verteilung von Arbeitskräften.

Das Landesarbeitsamt Westfalen und die Westfälische Provinzialverwaltung (Hauptfürsorgestelle und Vormerkstelle für Versorgungsanwärter) teilen mit: Die Anordnung über die Verteilung von Arbeitskräften vom 28. 8. 1934 bestimmt, nach welchen Gesichtspunkten der Arbeitsaustauschplatz vorzunehmen ist. Mit der Durchführung sind die Arbeitsämter beauftragt, d. h. sie machen austauschenden Betrieben Vorschläge über die Wiederbesetzung der freigewordenen Arbeitsplätze mit älteren Arbeitslosen. Sie haben damit im Sinne der Anordnung einen maßgeblichen Einfluß auf die Verteilung der Arbeitsplätze nach sozialen Gesichtspunkten. Seitens einzelner Betriebe ist nun die Frage aufgetaucht, an wen sie sich wegen Einstellung und Beschäftigung von Schwerkriegsbeschädigten zu wenden hätten. Es wird deshalb darauf hingewiesen daß die Vorschriften über die Einstellung und Beschäftigung von Schwerkriegsbeschädigten und Versorgungsanwärtern durch die neue Anordnung über den Arbeitsplatzaustausch nicht berührt werden. Deshalb sind in diesen Fragen nach wie vor die Hauptfürsorgestelle und die Vormerkstelle für Versorgungsanwärter zuständig.

Bessere Berufsaussichten für Volksschullehrer.

Die Berufsaussichten für die Volksschullehrer, vor allem auf evangelischer Seite, bessern sich. Diese Lage gestattet es, Ostern 1935 etwa 2000 Studierende an den preußischen Hochschulen für Lehrerbildung aufzunehmen. In erster Linie werden Abiturienten (-innen) des Jahrgangs 1934 berücksichtigt, die ihrer studentischen Arbeitsdienstpflicht genügt haben. Darüber hinaus wird aber auch bereits der Jahrgang 1935 aufgerufen. Abiturienten (-innen) des Jahrgangs 1935, die bereits für das Sommerhalbjahr 1935 aufgenommen werden, werden den Arbeitsdienst voraussichtlich später ableisten müssen. Voraussetzung für das Studium an den Hochschulen für Lehrerbildung ist wiederum die Erlangung der Hochschulreife.

Aufnahmegesuche sind von jetzt an bis spätestens zum 15. Januar 1935 bei den Direktoren der Hochschulen für Lehrerbildung in Beuthen O. S. Bonn, Cottbus, Dortmund, Elbing, Frankfurt a. d. O., Hannover, Hirschberg i. Rsgb., Kiel, Lauenburg i. Pr. oder Weilburg einzureichen. In Hannover werden evangelische Bewerberinnen, in Beuthen O. S. katholische männliche Bewerber, an allen übrigen Hochschulen männliche Bewerber aufgenommen. Jeder Bewerber darf sich nur an einer Hochschule für Lehrerbildung anmelden.

Den Gesuchen der Bewerber sind beizufügen:

1. ein ausführlicher, eigenhändig geschriebener Lebenslauf mit Angabe des Religionsbekenntnisses,
2. zwei Lichtbilder (Seiten- und Vorderansicht), die mit dem Namen zu versehen sind,
3. eine beglaubigte Abschrift des zum Besuch einer Hochschule berechtigenden Reifezeugnisses einer allgemein bildenden höheren Lehranstalt.
4. ein amtlicher Ausweis über die deutsche Reichsangehörigkeit mit einem Nachweis, daß der Bewerber entweder am 1. Januar 1934 die preußische Staatsangehörigkeit besessen oder die letzten drei Jahre vor diesem Zeitpunkt in Preußen seinen Wohnsitz gehabt hat.
5. Angaben über die arische Abstammung (durch Geburtsurkunde, Heiratsurkunde der Eltern usw. zu belegen),
6. Nachweise über die Betätigung in politischen Kampfverbänden und im freiwilligen Arbeitsdienst, von Bewerberinnen über die Mitarbeit an vorwiegend dem weiblichen Geschlecht zufallenden Aufgaben innerhalb der Bewegung oder des Staates.

Ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis, das sich bezüglich der Lunge auf einen röntgenologische Durchleuchtung zu stützen hat, ist erst auf besondere Anforderung des Hochschuldirektors nachzureichen.

Etwaige Anfragen sind ausschließlich an die Geschäftsstellen der Hochschulen für Lehrerbildung zu richten.

Die Aufnahmeprüfungen finden Ende Januar bis Anfang Februar 1935 statt. Die Bewerber (-innen) werden nach Bedarf von den Hochschuldirektoren zur Vorstellung geladen und auf Grund der vorgelegten Zeugnisse, ihrer musikalischen und technischen Vorbildung sowie ihrer Eignung für den Lehrerberuf ausgewählt.

Die Bewerber haben ihr sportliches und musikalisches Können nachzuweisen. In einer kurzen Prüfung ist die Eignung für den später zu erteilenden Turn- und Volkssportunterricht darzulegen. Die Bewerber müssen bei natürlicher stimmlicher Begabung mit der allgemeinen Musiklehre vertraut sein, ein Motiv nachsingen sowie ein einfaches Lied vom Blatt und eine Anzahl Volkslieder auswendig singen können. Im Spiel eines Instrumentes, in der Regel der Geige, des Klaviers oder der Orgel, müssen die Grundlagen vorhanden sein. — Die Bewerberinnen müssen sich über Fertigkeiten in der Nadelarbeit sowie über einfaches gewerblich-technisches, hauswirtschaftliches, sportliches und musikalisches Können ausweisen.

Ob in Ausnahmefällen von der Forderung hinreichender musikalischer und turnerischer Vorbildung überhaupt abgesehen werden kann, wird erst am Schluß der Aufnahme entschieden.

Wegen der Aufnahme akademischer Anwärter für Mittelschullehrerstellen zu einem Umschulungslehrgang erfolgt besondere Bekanntmachung.

Friedrichshafen bleibt Zentrale des Luftschiffbaus.

Kapitän Lehmann über den neuen Luftschiffhafen Frankfurt.

+ **Frankfurt**, 3. Januar.

Die Mitteilungen, die Dr. Eckener vor einigen Tagen über die geplante Errichtung des Luftschiffhafens Frankfurt als Zentrale des ganzen Luftverkehrs machte, werden ergänzt durch einige Angaben, die Kapitän Lehmann in einer Unterredung machte. Er erklärte u. a.: Es sei ein Vorvertrag über den Bau einer Halle abgeschlossen worden, die die gleichen Ausmaße bekommen werde wie die ursprünglich für den Fahrbetrieb bestimmte neue Halle auf dem Flugplatz Löwental bei Friedrichshafen. Sie werde also etwa 250 Meter lang, 60 Meter breit und 50 Meter hoch werden. Mit dem Bau der Frankfurter Halle soll sofort begonnen werden. Der neue Luftschiffhafen wird so ausgebaut werden, daß dort die im Dienst befindlichen Luftschiffe auch überholt und repariert werden können.

Die Vorteile des neuen Hafens würden einzig und allein schon daraus ersichtlich, daß es bei seiner um 300 Meter tieferen Lage gegenüber Friedrichshafen möglich werde, die Tragkraft des „Graf Zeppelin" um 4 bis 5 Tonnen, die des LZ. 129 um 8 bis 9 Tonnen zu steigern, so daß dadurch mit dem „Graf Zeppelin" rund 20 und mit dem neuen Luftschiff rund 40 Passagiere mehr befördert werden können.

Es steht jedoch nach den Aeußerungen des Kapitäns Lehmann noch nicht fest, ob von Frankfurt aus sämtliche in Deutschland beginnenden Fahrten ihren Anfang nehmen. Es besteht die Möglichkeit, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin" auch weiterhin in Friedrichshafen stationiert bleibt. Es steht auch fest, daß nur ein Teil der Besatzungsmitglieder seinen Wohnsitz in Zukunft nach Frankfurt wird verlegen müssen. Kapitän Lehmann betonte abschließend, daß selbstverständlich daran festgehalten werde, daß Friedrichshafen die Zentrale des Luftschiffbaues und seiner Fortentwicklung bleibt. Es wird auch künftighin der Hauptsitz der Verwaltung und der Werft, d. h. der bautechnischen Abteilung, sein. Dies schon deshalb, weil in Friedrichshafen einmal die erforderlichen Einrichtungen vorhanden seien, und zweitens weil der alte erprobte Arbeiterstamm dort Wurzel geschlagen habe.

Wetterbericht.

○ **Essen**, 3. Januar.

Vorhersage für Freitag: Bei schwacher Luftbewegung aus westlichen bis südlichen Richtungen wieder stärkere Bewölkung und dabei vereinzelt Niederschläge, vielfach Nebel oder starker Frost, Temperaturen wenig verändert.

Vorhersage für Samstag: Fortbestand des milden unbeständigen Wetters, schwache Schauernniederschläge.

Vorhersage für Sonntag: Wetterlage weiterhin unverändert.

Kommunale Streiflichter.

Kurzschriftunterricht in den Schulen.

Nach einem Erlaß des Reichsunterrichtsministeriums haben die vom Preuß. Unterrichtsministerium angestellten Erhebungen über den Kurzschriftunterricht an den höheren Schulen ergeben, daß die sogenannte Deutsche Kurzschrift nicht den Anforderungen entspricht, die an einne in den Schulen zu lehrende Volkskurzschrift zu stellen sind. Der Reichserziehungsminister bemerkt hierzu weiter: „Da die Jugend heute durch Schule, HJ-Dienst, Leibesübungen und Sport stark in Anspruch genommen wird, muß ich darauf Wert legen, daß bei der Erlernung der Kurzschrift der Aufwand an Zeit und Mühe in einem angemessenen Verhältnis zu dem Erfolg steht und jede unnötige Belastung der Schüler und Schülerinnen vermieden wird. Darum erscheint es mir angezeigt, daß die Frage nach der Wahl des Systems, das dem Schulunterricht zugrunde zu legen ist, noch einmal gründlich überprüft wird. Dazu bedarf es aber, zumal sich die stenographische Entwicklung in Deutschland noch in völligem Fluß befindet, einer geraumen Zeit. Ich ordne deshalb für die Uebergangszeit an, daß an allen meiner Aufsicht unterstellten Volks-, Mittel- und höheren Schulen von jedem Zwange, den Lehrgängen in Kurzschrift zugrunde zu legen, abzusehen ist. Gegen die Abhaltung von Lehrgängen in bewährten anderen Systemen, insbesondere dem System Stolze-Schrey oder Gabelsberger, habe ich keine Bedenken. Im übrigen kann der Kurzschriftunterricht nur außerhalb des Rahmens des planmäßigen Unterrichts als wahlfreies Fach erteilt werden."

Finanzierung von Radfahrwegen.

Die Reichsgemeinschaft für Radfahrwegebau hat die Selbsthilfe der Radfahrer für solche Wege durch Ausgabe von Jahresringen zum Preise von 1 RM. in die Wege geleitet. Der Ring wird als Erkennungszeichen für eine freiwillige Radfahrwegebauabgabe am Fahrrade befestigt. Mit dem Verkauf der Ringe innerhalb des Deutschen Radfahrerverbandes und durch die Fahrradhändler ist begonnen worden. Die Erlöse werden in den Orten, wo sie aufgebracht worden sind, für den Bau von Radfahrwegen für den Erholungs-, Ausflugs- oder Wanderverkehr verwendet (die Verwaltungskosten der Reichsgemeinschaft und ihrer Organisation werden nicht aus dem Ringverkauf, sondern durch Beiträge der Mitglieder gedeckt.) Die von den Gemeinden für den genannten Zweck neu angelegten Radfahrwege sollen nur den Radfahrern freigegeben werden, die im Besitze eines Jahresringes sind. Die Reichsgemeinschaft verpflichtet sich, die aus dem Ringverkauf eingehenden Mittel der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Eine Kontrolle könnte von dem für die Wegewartung in Frage kommenden Personal ausgeübt werden. Die Gemeinden, welche von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen, müssen sich mit der Reichsgemeinschaft für Radfahrwegebau e. V. in Berlin NW 7, Dorotheenstr. 11, in Verbindung setzen. Den Gemeinden ist anheimgestellt, auch noch andere Stellen als die oben genannten mit dem Ringverkauf zu beauftragen, An den Deutschen Radfahrer-Verband, den Einheitsverband der Fahrradhändler und den Reichsverband des Mechanikergewerbes werden die Jahresringe zentral von der Reichsgemeinschaft ausgegeben und abgerechnet. Bei der Abrechnung wird von ihr eine Zusammenstellung hergestellt, aus der der Ringabsatz in den einzelnen Gemeinden ersichtlich ist, sodaß die Gewähr gegeben ist, daß die Mittel richtig verteilt werden und in den Orten, wo sie aufgebracht worden sind, restlos für Radfahrwegebauzwecke Verwendung finden.

Keine allgemeine Senkung der kommunalen Versorgungstarife.

Im Ausschuß für gemeindliche Versorgungswirtschaft des Deutschen Gemeindetages fand eine eingehende Aussprache über den Entwurf von Richtlinien des Deutschen Gemeindetages für den Abschluß von Verträgen auf dem Gebiete der Energiewirtschaft statt. Bei Erörterung der Tarifpolitik der gemeindlichen Versorgungsbetriebe sah der Ausschuß, angesichts der Forderungen des Reichsfinanzministers, die Haushalte der Gemeinden 1935 unter allen Umständen auszugleichen, keine Möglichkeit, Vorschläge zu einer allgemeinen Senkung der Werktarife zu machen. Der Deutsche Gemeindetag wurde gebeten, den maßgebenden Reichsstellen die Schwierigkeiten vorzutragen, in denen die kommunalen Versorgungsbetriebe auf Grund der gegenwärtigen finanziellen Belastungen stehen. Daran soll die Bitte geknüpft werden, daß die Reichsregierung bei den künftigen finanzpolitischen Entscheidungen der Frage der Belastung der gemeindlichen Versorgungsbetriebe mit kommunalen Finanzzuschlägen und der Beseitigung dieser Sonderbelastungen ihre Aufmerksamkeit zuwenden möge.

Die Schäffersche Millionen-Erbschaft.

Die Sekretärin der Millionenstifterin verweigert die Aussage.

Schon des öfteren haben wir über die Entwicklung der Schäfferschen Erbschafts-Angelegenheit berichtet, um die bekanntlich mehr als 5000 Personen sich bemühen. Nunmehr erhielten die „W. N. N." eine Mitteilung, die die ganze Angelegenheit noch weiter verwickelt. Eine Bestätigung dieser Nachricht war allerdings von sonst gutinformierter Seite bisher noch nicht zu erlangen.

Die Erbschaft der Frau Henriette Garret geb. Schäffer im Betrage von 18 Millionen Dollar vom amerikanischen Gericht ist bekanntlich den württembergischenn Verwandten der nach USA ausgewanderten Erblasserin zugesprochen worden. Sehr merkwürdig berührt nun die Tatsache, daß von diesen 18 Millionen bis jetzt nur 6 durch Haftpflichtversicherung gedeckt werden konnten. Der Grund ist in den eigenartigen amerikanischen Versicherungsgesetzen zu suchen. Immerhin braucht wegen der verhältnismäßig geringen Haftpflichtsumme bei den Interessenten noch keine begründete Besorgnis einzutreten. Die restlichen 12 Millionen liegen bei drei erstklassigen Finanzinstituten.

Das Nachlaßgericht in Philadelphia hat den von den Vermögensverwaltern eingesetzten Rechtsanwalt beauftragt, den finanziellen Status der Vermögensverwaltung zu veröffentlichen. Nachdem der Rechtsanwalt dieser Aufforderung nicht nachgekommen ist, wurde ihm unter Haftanrohung vom Gericht eine Frist von 15 Tagen gesetzt. Zunächst muß der Ablauf dieser Frist abgewartet werden, bevor sich die Gründe seiner Weigerung feststellen lassen. Dem Vertreter der Erbinteressierten ist es gelungen, auf die Spur einer früheren Angestellten der Frau Garret zu kommen, die die Erblasserin im Jahre 1903 nach Süddeutschland begleitet hat. Die Aussagen dieser Person sind natürlich von ungeheurer Wichtigkeit. In dem Augenblick, wo die hochbetagte Zeugin reden sollte, verweigerte sie ihre Aussage. Der württembergische Erbschaftsvertreter hat sich deshalb entschlossen, die Person zwangsweise vernehmen zu lassen.

Insgesamt haben 5000 angeblich Erbschaftsberechtigte ihre Ansprüche beim Nachlaßgericht angemeldet. Wie aber schon jetzt die Nachprüfungen ergeben haben, werden von diesen Bewerbern nur die neuen Verwandten mütterlicherseits, das wären also wohl die Süddeutschen, übrig bleiben. Anfang Januar werden vier weitere Zeugen aus der Meßkirchener Gegend nach Philadelphia fahren, um vor dem dortigen Nachlaßgericht persönlich auszusagen.

Paris privat.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

R. H. **Paris**, Anfang Januar.

In keinem Land Europas ist der Widerstand gegen den Fortschritt so groß wie gerade in Frankreich. Nur mit wehem Herzen paßt sich der Franzose den Forderungen unserer Zeit an. Die aufgezwungene Anpassung an das Zeitalter der Technik bedeutet für ihn zugleich die Preisgabe eines seit Jahrhunderten geltenden Lebensstils, von dem er sich nun einmal, konservativ, wie er ist, nicht trennen kann. Doch die Zeit fordert ihr Recht, dem sich auch dieses Land, das einst ein Paradies der Rentner und Kleinbürger war, heute nicht mehr entziehen kann.

Tragischer Zwiespalt.

Tragisch ist dieser innere Kampf Frankreichs, das am liebsten die Gegenwart ignorieren möchte, aber doch wieder den Anschluß an die übrige Welt, die dem Fortschritt huldigt, nicht verpassen will. Nur aus diesem inneren Zwiespalt heraus ist die beinahe fast schon absichtlich erscheinende Rückschrittlichkeit, der man auf Schritt und Tritt in Paris und auch in der Provinz begegnet, zu verstehen. Frankreich zittert und bangt um seine bisher stets gültigen Lebensformen. Der Widerstand gegen den Fortschritt ist gleichsam wie ein letzter kläglicher Protest gegen die Zeit, die man nicht verstehen will.

Neigt sich das beschauliche Leben der Kleinbürger, die sich allabendlich um den gut gedeckten Tisch setzen, auf dem das Weißbrot und die Rotweinflasche nicht fehlen, dem Ende zu? Werden die kleinen Rentner, die im Sommer Tag für Tag an den Ufern der lieblichen Marne angeln auch in Zukunft dieser bescheidenen „Leidenschaft" in ihrem sonst so eintönigen Dasein nachgehen können?

Ihre Majestät die Concierge.

Gedanken über den Fortschritt macht sich der Ausländer bald nach der Bekanntmachung mit der Concierge. Die Concierge oder Hausmeisterin, wie es auf deutsch heißt, ist in allen Pariser Häusern, ohne Ausnahme anzutreffen. Nichtfranzosen werden vergeblich gegen die Existenzberechtigung dieser Damen protestieren, die eine geradezu ungeheure Macht über den gewöhnlichen Sterblichen besitzen. Die ganze Stadt stöhnt und seufzt unter dieser tyrannischen Herrschaft. Niemand denkt aber ernstlich daran, seine Concierge abzuschaffen, obwohl die Hauptfunktion dieser Dame: das Türöffnen, ohne weiteres durch eine mechanische Klingelanlage ersetzt werden könnte. Nein, das bedeutet Triumph der Technik, seelenloser Amerikanismus, Ausschaltung der Persönlichkeit. Die Polizei würde übrigens auch damit nicht einverstanden sein. Es ist ein offenes Geheimnis, daß viele Concierge im Dienst der Pariser Kriminalpolizei stehen und für ihre Spitzeltätigkeit gut bezahlt werden. Das war schon so zu den Zeiten des napoleonischen Polizeiministers Fouché.

Die Voraussetzung für den Posten einer Concierge scheint eine nicht unbeträchtliche Körperfülle zu sein, denn in den Logen der Hauseingänge sitzen fast nur beleibte Frauen. Ständig brodelt auf dem kleinen Gasherd irgendein undefinierbares Gericht, dessen scharfer Geruch über den Flur und das Treppengeländer bis hinauf zur sechsten Etage dringt. Madame ist gewöhnlich mit der Lektüre des „Paris Midi" oder des „Paris Soir" beschäftigt, was sie jedoch nicht hindert, ab und zu einen mißtrauischen Blick durch die Glastür auf den Flur zu werfen. Jeder Besucher des Hauses muß an ihrer Loge vorbei. Es ist nicht ratsam, sie in der Lektüre ihrer Zeitung zu stören. Man versuche deshalb auf keinen Fall durch noch so freundliche Fragen ihr Mißfallen zu erregen.

Bilde dir nur nicht ein, daß man dir in Paris je einen Hausschlüssel aushändigt. Nein, selbst jahrzehntelange im Hause wohnende Mieter genießen nicht dieses Privileg. Nach zehn Uhr abends mußt du irgendeine altertümliche Glocke in Bewegung setzen. Ob deine Concierge durch das Läuten wach wird und dann danach sofort aufgelegt ist, an dem Strick neben ihrem Bett zu ziehen, der dir die Tür öffnet, bleibt eine andere Sache. Gewöhnlich wartest du fünf oder zehn Minuten, bis Madame geruht aufzuwachen. Inzwischen hälst du wutschnaubend einen Monolog über den Fortschritt und denkst dabei an Deutschland. Schließlich stehst du dann doch nach einiger Zeit in der Dunkelheit des Flurs und rufst pflichtgemäß laut deinen Namen in die Loge hinein. Sonst darfst du nicht passieren.

Nicht nur du, sondern sämtliche Hausbewohner nehmen die Launen der Concierge, wie ein stilles Kreuz auf sich. Man findet sich resigniert damit ab, daß die Post, die der Briefträger für sämtliche Mieter in der Loge abgibt, erst einer eingehenden Kontrolle unterzogen wird, ehe man sie ausgehändigt bekommt. Das Wohlwollen von Madame erkauft man sich am besten damit, daß man ihr ab und zu einen Schein diskret in die Finger drückt und dann leise und unauffällig seiner Wege geht.

Wehe dem Unglücklichen, der die Tollkühnheit besitzt, sich mit ihr zu verfeinden! Es bleibt ihm nur ein Mittel übrig, sich von den täglichen Schikanen zu retten: der Auszug. Vielleicht hat er wo anders mehr Glück. Mit Sicherheit ist jetzt anzunehmen, daß er dann aber das von allen Parisern peinlichst eingehaltene Hauptgebot einhält, das also lautet: Du sollst dich mit deiner Concierge nicht verkrachen.

Das höflichste Land.

In der Gesellschaft, unter sozial gleichgestellten Leuten ist der Franzose von einer unendlichen Liebenswürdigkeit. Bestechend ist seine Ausdrucksweise in Briefen und Reden, die in dieser Vollendung wohl von keinem europäischen Volk so leicht erreicht wird. Aber diese Höflichkeit verpflichtet zu nichts, ist oft genug nicht mehr als ein Spiel mit schönen aber unverbindlichen Worten. Man wird jedoch jene französische Höflichkeit, von der in Deutschland immer die Rede ist, vergeblich im Umgang mit gewissen Volksschichten suchen. Der Ausländer ist über das unverbindliche Benehmen, das namentlich Kellner, Verkäufer, und Taxichauffeure zur Schau tragen, im Anfang sehr erstaunt. Die in Deutschland verbreitete Parole des Dienstes am Kunden, die ein bestimmtes Maß von Umgangsformen voraussetzt, ist vorläufig in Frankreich noch unbekannt.

Der Begriff der Gleichheit scheint noch von der großen Revolution zu tief im Blut zu sitzen, als daß zum Beispiel Geschäftsleute es fertig bringen könnten, ihre Kunden in den Formen zu behandeln, wie es in allen anderen Ländern üblich ist. Es scheint, als ob man dadurch in Frankreich allein schon äußerlich zeigen will, daß man nicht im mindesten geneigt ist, auch nur einen Bruchteil jener umstrittenen Egalité aufzugeben. Namentlich Ausländern gegenüber glaubt man das besonders stark zeigen zu müssen. Ein Taxichauffeure würde es unter seiner Würde halten, für ein Trinkgeld durch das Lüften seiner Mütze besonders zu danken. Ein knappes Merci ist das höchste Maß des Dankes. Die Art eines kleinen Pariser Geschäftsmannes einem in der unhöflichsten Form doch etwas zu verkaufen, ist einfach ein Kunststück, daß man schlechthin bewundern muß. Es entspricht seinen Prinzipien nicht, die übrigens zum Teil noch auf der Revolution von 1789 fußen, dem Kunden durch gute Bedienung und Liebenswürdigkeit entgegenzukommen. Im Gegenteil: äußerlich erweckt er den Anschein, als ob er auf das Geschäft verzichten wolle, so dringend er vielleicht das Geld nötig hat, um seine Schulden zu bezahlen.

Aber auch hier ist allmählich eine Wandlung spürbar, woran zum Teil die immer größer werdende Wirtschaftskrise schuld ist. Die Zeit räumt langsam mit der „konservativen" Unhöflichkeit dieser Kreise auf. Auch diesem Fortschritt kann sich das jetzt noch sträubende Frankreich auf die Dauer nicht entziehen. Manches Mal denkt man bei seinen Einkäufen an die selbstverständliche deutsche Höflichkeit zurück, die man in Paris nur zu sehr im täglichen Leben vermißt.

Erhöhung der flugplanmäßigen Reisegeschwindigkeiten auf rd. 250 km/h.

Deutschland, das Luftkreuz Europas.

Was bringt 1935?

Von

Dr. Heinz Orlovius.

Verschwindend gering waren stets früher die Mittel, die in Deutschland von der öffentlichen Hand dem Luftverkehr zur Verfügung gestellt wurden. Von einer Haushaltsberatung zur anderen, von einem Nachtragsetat zum nächsten, mußte sich der deutsche Luftverkehr weiterquälen. Die Folgen blieben in der Gestaltung des Fluglinienetzes nicht aus. Immer drohender wurde das Gespenst der Ueberfremdung in der deutschen Handelsluftfahrt. Im deutschen Streckenverkehr machten sich ausländische Unternehmungen breit und die Lufthansa war gezwungen, mit fremden Gesellschaften auf inner deutschen Strecken sogen. Pool-Abkommen, d. h. Vereinbarungen für einen Gemeinschaftsbetrieb zu schließen. Noch schlimmer sah es um den Flugzeug- und Motorenpark des deutschen Luftverkehr aus. Nur mit äußerster Mühe war es der Lufthansa möglich, mit ihrem unzulänglichen Flugzeugpark einen planmäßigen und sicheren Betrieb aufrechtzuerhalten. Immer näher rückte aber der Augenblick, in dem die deutsche Handelsluftfahrt dem Ansturm des Auslandes erliegen mußte. Und dabei fielen gerade dem Luftverkehr in Deutschland besonders hohe Aufgaben zu.

Wie für ganz Deutschland, so wurde besonders für die deutsche Luftfahrt in letzter Stunde Verderben und Untergang durch die nationalsozialistische Erhebung abgewendet. Die Wege, auf denen der weitere Ausbau des deutschen Luftverkehrs fortschreiten wird, lassen sich heute fest umreißen und erkennen. An erster Stelle steht das Bestreben, die Geschwindigkeit im Luftverkehr zu heben und zu fördern. Mit anerkennenswerter Energie beschäftigten sich die deutschen Konstrukteure mit dem Problem des Schnellverkehrsflugzeugs, aber der Unternehmungsgeist der Flugzeugfabrikanten mußte durch das Wissen um die bedrängte Lage der deutschen Handelsluftfahrt gelähmt werden, denn diese allein kam ja als Abnehmer in Betracht und ihr waren durch die finanziellen Einschränkungen für jede großzügige Ergänzung und Erneuerung ihres Parks die Hände gebunden. Die Lage wurde für den deutschen Luftverkehr um so bedrohlicher, als es der amerikanischen Flugzeugindustrie hauptsächlich infolge der ihr zur Verfügung stehenden außerordentlich hohen Geldmittel gelang, den Bau von Schnellverkehrsflugzeugen sehr erfolgreich zu fördern, und sie sich anschickte, auch den europäischen Kontinent mit diesen Flugzeugen zu beliefern. Es war daher die dringendste Aufgabe der neuen Führung in der deutschen Luftfahrt, die erfreulichen Ansätze, die sich bei den deutschen Flugzeugbaufirmen, insbesondere den Heinkel- und den Junkers-Flugzeugwerken zeigten, dem deutschen Luftverkehr in möglichst weitgehendem Umfang nutzbar zu machen.

Die Entwicklung schneller Verkehrsflugzeuge beschränkt sich in Deutschland naturgemäß nicht auf den kleineren einmotorigen Typ (Heinkel He 70 und Junkers Ju 60), sondern dehnt sich auch auf größere mehrmotorige Muster aus. Es war eine der ersten Anweisungen von Minister Göring, daß der deutsche Luftverkehr zumindest für die langen Flugstrecken so rasch wie nur irgend möglich ausschließlich mehrmotorige Großflugzeuge einzustellen habe. Aus diesen Erwägungen wurde es der Lufthansa ermöglicht, der deutschen Luftfahrtindustrie auf mehrmotorige Flugzeuge größere Bestellungen zu erteilen. Vor allem handelt es sich um das Junkers-Flugzeug Ju 52, das inzwischen in allen deutschen Städten durch die Reisen des Kanzlers und seiner Minister bekannt geworden ist. Mit diesem dreimotorigen Großflugzeug werden 15 Fahrgäste mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von rd. 240 km/h befördert.

Auch die Erneuerung des deutsche Verkehrsflugzeugparks ist als Teil des großen Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung zu werten. Hierbei kommt nicht nur die Herstellung der Flugzeuge und Motoren in Betracht, es folgt daraus auch eine erhöhte Beschäftigung der gesamten Zubehörindustrie, angefangen von der Bordfunkstation bis zu dem winzigen Präzisions-Meßgerät. Mit einem derart umgestalteten Flugzeugpark kann die Lufthansa jetzt durchweg eine Erhöhung der flugplanmäßigen Reisegeschwindigkeit auf rd. 250 km/h schon für die allernächste Zeit in Aussicht stellen. Hieraus wird nicht nur der Verkehr auf den langen internationalen Linien Nutzen ziehen, sondern auch die bedeutenden innerdeutschen Strecken.

Ein Nachtluftverkehr für Passagiere wird nur auf den sehr langen Strecken, anfangend bei 1500 km, in Frage kommen. Da die hauptsächlichsten Reiseentfernungen auf dem europäischen Kontinent nur in wenigen Fällen diese Grenze erreichen und da der Schwerpunkt des heutigen europäischen Luftverkehrs in der Beförderung der Reisenden liegt, hat sich das Bedürfnis nach Verbindungen auch während der Nachtstunden im Personen-Luftverkehr noch wenig geltend gemacht. Wesentlich anders liegen jedoch die Dinge für den Postdienst. Die Sendungen werden hauptsächlich abends aufgeliefert und für die Beförderung muß die geschäftsstille Nachtzeit ausgenutzt werden. Aus dieser Grundforderung, die in gleicher Weise für die Beförderung von Expreßgütern gilt, ergibt sich die Notwendigkeit der Einrichtung eines ausgedehnten Nachtpostliniennetzes.

Die wichtigste europäische für Nachtflüge eingerichtete Linie führt von Moskau über Königsberg nach Berlin und von hier weiter über Hannover und Köln nach London bezw. Paris. Im planmäßigen Zusammenhang mit dieser Strecke stehen die Nachtflüge von Hannover nach Kopenhagen und Malmö mit den Anschlüssen nach den nördlichen Ländern, die Zustellung der Sendungen für die Hauptstädte in Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland bis zu 20 Stunden beschleunigen. Bis zum Jahre 1932 gab es in Deutschland 1 930 km Nachtflugstrecken mit den notwendigen Befeuerungsanlagen. Im Jahre 1933 kamen nicht weniger als 961 km hinzu, d. h. das Nachtstreckennetz wurde um 50 Proz. vergrößert. Im einzelnen waren es folgende Abschnitte: Frankfurt—Stuttgart (160 km), Frankfurt—München (305 km), Halle-Leipzig—Nürnberg (228 km), Nürnberg—München (148 km), München—Berchtesgaden-Reichenhall (120 km). Vordem waren in dieser Richtung in Berlin-Halle—Leipzig und Köln—Frankfurt a. M. nur zwei kleine Teilstücke vorhanden. Der Streckenabschnitt Köln—Frankfurt a. M.—München bildet ein Glied einer künftigen über Wien führenden Nordwest—Südost-Linie. In Frankfurt findet auch die Schweiz an das Nachtflugnetz Anschluß. Damit ist bereits ein in sich organisch zusammenhängendes Nachtflugnetz geschaffen, das später weiter ergänzt wird. Die Nord—Süd-Linien eröffnen insbesondere auch raschere Beförderungsmöglichkeiten nach Italien und nach dem Balkan. Ein weiteres Ziel der neuen deutschen Luftverkehrspolitik ist es, den Dienst auf den wichtigsten Strecken zu verdichten.

Bluttat eines entlassenen Chauffeurs.

¶ **Chemnitz**, 2. Januar.

Im Direktionsraum des Verwaltungsgebäudes des Chemnitzer Städtischen Elektrizitätswerkes kam es heute vormittag zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Direktor Zschos und dem entlassenen Kraftwagenführer Rabe. Dabei gab der Kraftwagenführer einen Schuß auf den Direktor ab, der jedoch fehlging. Bei einem zweiten Versuch versagte der Revolver. Der Täter schlug darauf auf den Direktor ein und verletzte ihn so erheblich, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Rabe flüchtete nun in ein Nachbargebäude, wo er einen Selbstmordversuch verübte, indem er eine ätzende Flüssigkeit trank. Er wurde in bedenklichem Zustand gleichfalls ins Krankenhaus gebracht.

Katakomben auf der Insel Malta entdeckt.

K. Ko. **Rom**, Anfang Januar.

Der „Tribuna" zufolge wurden auf der Insel Malta bei Straßenverlagerungsarbeiten im Distrikt Bistra zahlreiche Katakombengräber, bis jetzt 57, aufgedeckt, die in bester Erhaltung sind. Aus Italien und aus England treffen Archäologen ein, um den historischen Tatbestand festzustellen.

Die Kultur-Zigeuner Rumäniens.

Sie sind des Wanderelends müde.

Von unserem Bukarester Korrespondenten.

el **Bukarest**, Anfang Januar.

Die Gipsy-Lore ist keine weit vor dem Tore wohnende langwimprige fremdrassige Lore, sondern die Volkskunde von den Zigeunern, wie sie seit rund fünfzig Jahren von der schottischen Gipsy-Lore-Society gepflegt wird, aus einer heimlichen keltischen Bohème-Sympathie heraus. Die Veröffentlichungen dieser Gesellschaft, die unter anderem durch die Reproduktion der alten Callot-Blätter bekannt wurde, sind jetzt bereichert durch ein soziologisch hochinteressantes Dokument: die Beschlüsse des großen diesjährigen Zigeuner-Konvents mit dem Gründungsstatut einer zigeunerischen Allgemeinde Rumäniens, eines richtigen „eingetragenen Vereins" in den Registern des Bukarester Landgerichts. Nichts Geringeres geht hier im Königreiche an der unteren Donau vor als ein Uebergang von der auf Blut beruhenden Primitiven-Organisation der Zigeuner nach der sachlichen, kulturellen Seite hin, unter Ueberspringen der sonst entwickelten feudalen Zwischengliederung. Diese Emanzipation der Allerletzten Europas ist ein Schlußpunkt, der im Grunde genommen bedeutsamer ist als der vorübergehende Rückfall in das Personalitätsprinzip; hier wirkt sich das Recht der völkerwandernden Stämme aus, wie es heute als schauerlicher Spuk auf einer öffentlichen Schmiere aufgeführt wird.

Die fremdstammigen Fahrenden Rumäniens: Spielleute, Kesselflicker, Pferdediebe werden Bürger und Rumänen. Das Zigeunerblut ist dunkel, dravidisch, die Zigeunersprache eine arische des Pandschab. Den logischen Kurzschluß ihrer romantischen Frühzeit, die Gleichsetzung von Sprach- und Völkerverwandtschaft hat die Wissenschaft, belehrt von beglaubigter archäologischer und anthropologischer Erfahrung längst eingesehen. Die braunen „Aegypter", Gipsies, Gitanos in Spanien, kamen über Griechenland mit einer breiten Flut ihnen allgemeiner griechischer Lehnwörter nach dem Norden. Als zaubernde Roßärzte pilgerten sie bis nach England, wo noch ihre Nachkommen als altertümlichste Pferdekenner den Derby-Rennen beiwohnen. Bunyan, der Autor des nach der Bibel populärsten Buches des puritanischen England, galt als einer der ihren und begann seine Laufbahn als Kesselflicker. Und im 19. Jahrhundert reiste der abenteuerliche, amüsante Borrow in ihrer Gefolgschaft in Spanien. Der große Sprachenforscher Pott hat sich gleichfalls früh mit dem fahrenden Volke der Zigeuner beschäftigt und nach ihm unzählige Gelehrte und Folkloristen.

Früh unterschied Miklositsch ein Dutzend Zigeunerstämme; er zählte dabei lediglich die in Serbien wandernden mit zu den Zigeunern Rumäniens, die in ihrer Kopfzahl heute wohl die zahlreichsten in einem Lande Europas sind. Hier haben wissenschaftliche Untersuchungen ergeben, daß sie einst ein umherziehender Stamm von Schmieden waren, die, wie so oft in der Geschichte der Primitiven, über zauberkräftige Sprüche verfügten. Verachtete Sitten und Gebräuche, Kulturrückstand und Geheimnistuerei sind ihre Hauptmerkmale, mit denen sie sich in den Werken eines Cervantes, Scott und Mérimé durch ihren erotischen Urcharakter in die Weltliteratur schlichen. In der Musik sind sie lediglich vollwertige Kulturträger in ihrer Eigenschaft als Mittler des Orients. Kein anderer als Liszt hat die ungarische Musik von dem musikalischen Kulturgut der Zigeuner abgeleitet und das ungarische Volkslied auf dieses Volk zurückgeführt, genau so, wie dies bei der rumänischen Musik der Fall ist. Seither hat die wissenschaftliche Forschung bei den indischen Urnachbarn des Volkes den Czardas wiedergefunden.

Einen Kongreß hielt dieses „Pharaonenvolk" bereits schon 1879 in Ungarn ab, das sich die Zigeuner ursprünglich als zweite Heimat ausgesucht hatten, bis ihre Abwanderung nach Rumänien erfolgte. Im laufenden Jahre wurde der zweite große Kongreß, der die Form eines Generalappells besaß, in Siebenbürgen abgehalten. Man tagte unter dem Vorsitze eines Alten, der, fast noch gewählter Wojwode, Zigeunerkönig, schon zugleich ein durch Paragraphen verschanzter politischer Führer wurde. Bekanntlich wirken große Beispiele, und das genehmigte Statut der Zigeuner betont ausdrücklich, daß die Absetzung des Obersten, „solange er kraftvoll ist", nicht gefordert werden darf und daß jede Opposition als Verrat an der Zigeunersache gilt. Immerhin ist der politische Führer durch den „großen Verwaltungsrat" gebunden, der sich durch eine ganz geschäftsmäßige europäische Gliederung, durch „Exekutive" und „Generalversammlung" auszeichnet. Der Zweck dieses Generalvereins, der an 300 000 rumänische Zigeuner in seinen Listen führt, liegt auf kulturellem, sozialem und geistigem Gebiet. Vorträge und Aufführungen sollen den Talenten der Zigeuner Bahn machen; in Bukarest wird ein Grundstück zum Ankauf kommen für Garten, Bücherei, Friedensgericht, Herberge und Flüchtlingsasyl. Zigeuner, die nicht mehr wandern wollen, sollen angesiedelt werden, wie dies in einigen anderen Staaten des Balkans sowie besonders in Ungarn mit einigen Stämmen bereits schon seit Jahren geschehen ist, um nicht mehr länger den Versuchungen zu unterliegen, „die das Volk der Zigeuner entehren", wie es in der Resolution des Kongresses heißt. Die Gesamtbeschlüsse verraten dabei eine, gewiß nicht rein erheuchelte psychologisch hochinteressante und streng konservative Gesinnung, „Treue zur Dynastie und orthodoxen Kirche, Bekämpfung aller seelenverderbenden Sekten". Ein Marientag wird als „Nationaltag der Zigeuner" festgehalten, wo alle nach einer „vom heiligen Patriarchen Rumäniens zu bestimmenden Kirche" wallfahren werden. Die besonders gestiftete Fahne ist bei allen Stämmen die rumänische blau-gelb-rote Staatsflagge mit einer Gösch: Fiedel, Amboß und Hammer mit einer Kelle gekreuzt. So verdächtig diese Zusammenstellung anmutet, so sehr weisen die Zigeuner jede Gemeinschaft mit „radikalen Elementen" weit von sich. Sie verlangen Konzessionen für ihre Stammgewerbe, Einwanderungsbeschränkungen zum Schutze ihrer Maurer, Landarbeiter, Schornsteinfeger und Musiker, die in ganz Rumänien arbeitend anzutreffen sind. Sie fordern Sozialversicherung, zwei Sommerschulen zur Einführung der Hygiene in ihre Jugend, die in Zukunft überall getauft und gewerblich unterrichtet werden soll. Sie verlangen Freiplätze in Konservatorien und Fahrpreisermäßigungen für ihre Wanderrevisoren und Delegierten, die die Zigeuner Rumäniens auf dem nächsten Zigeunerkongreß im Jahre 1936, der in Paris stattfinden soll, vertreten werden. Eine allgemeine Frauenorganisation ist in Vorbereitung, und auf der ganzen Linie ist Aktivismus der Mitarbeit künftige Zigeunerpflicht. Sympathisierende Rumänen werden zu Ehrenmitgliedern ernannt werden, ihre zu Gefängnis verurteilten Blutsbrüder werden aus der Gemeinschaft ausgeschlossen.

Mit einem Worte: die Zigeuner Rumäniens haben das ahasverische Elend satt, ihnen ist übel von dem vielen Wandern und dem ewigen Spott der Menge; das von ihnen durch viele Jahrhunderte bekämpfte System der Gesellschaft mit Soll und Haben wurde von den rumänischen Zigeunern als ein reines Gut anerkannt, das jetzt auch von ihnen als Ausgangspunkt des eigenen Daseins angenommen wird. So vollziehen sie an sich jetzt den Eintritt in die Kultur.



Die Spannung zwischen Abessinien und Italien.

Man sieht auf unserem Bilde ein Lager italienischer Eingeborenentruppen an der abessinischen Grenze

Handel und Wirtschaft.

Normaler Jahresultimo.

◇ **Berlin, 3. Januar.**

Der Reichsbankausweis vom 31. Dezember 34 zeigt, daß bei dem Noteninstitut der Jahresultimo, der in Anbetracht des Weihnachtsfestes und der verstärkten Bedürfnisse der Wirtschaft erhöhte Anforderungen stellt, normal verlaufen ist. Die Erhöhung der gesamten Kapitalanlage um 496,1 Mill. ℳ auf 4 974,6 Mill. ℳ ist nicht ungewöhnlich stark, wenn man bedenkt, daß die Zunahme der gesamten Kapitalanlage in der letzten Dezemberwoche 1933 422,7 Mill. ℳ betrug und sich am Halbjahresultimo 1934 auf 585,8 Mill. ℳ bezifferte. Insgesamt sind die Gold- und Devisenbestände um 0,5 Mill. ℳ auf 83,7 Mill. ℳ gestiegen, und zwar haben die Goldbestände durch Käufe auf dem Inlandsmarkt um 0,3 auf 79,1 Mill. ℳ zugenommen. Von den Abrechnungsstellen wurden im Dezember 3,66 Mill. Stück über 5 086 Mill. ℳ abgerechnet; die Giroumsätze betrugen in Einnahme und Ausgabe 4,13 Mill. Stück im Gesamtbetrage von 50 494 Mill. ℳ.

Ankauf gezogener Auslosungsrechte.

Die bei der Auslosung am 3. Dezember 1934 gezogenen Auslosungsrechte der Anleiheablösungsschuld des Deutschen Reiches sind bestimmungsgemäß am 1. April 1935 einzulösen. Wie in früheren Jahren, werden die gezogenen Auslosungsrechte bereits vor dem Fälligkeitstermin, und zwar vom 2. Januar 1935 ab, unter Abzug eines zum jeweiligen Reichsbankdiskontsatz zu berechnenden Diskonts frei von Provisionen angekauft werden. Der Ankauf der Auslosungsscheine erfolgt durch die Reichsbankanstalten, in Berlin durch die Nostro-Börsenabteilung der Reichshauptbank. Die Inhaber der Auslosungsscheine, die vor dem 1. April 1935 in den Besitz des Einlösungsbetrages gelangen wollen, können schon jetzt ihre Stücke der nächstgelegenen Reichsbankanstalt zum Ankauf übergeben. Die Auszahlung des Einlösungsbetrages unter Abzug des Diskonts erfolgt nach Prüfung der Stücke vom 3. Januar 1935 ab. Der Ankauf der ausgelosten Schuldbuchforderungen erfolgt zu den gleichen Bedingungen durch die Reichsschuldenverwaltung.

Berliner Börse.

× **Berlin, 3. Januar.**

Die aufwärts gerichtete Tendenz machte auch an der heutigen Börse weitere Fortschritte. Wenn auch Renten eine leichte Bevorzugung erfahren, so muß doch auf die an einigen Aktienmärkten recht lebhafte Umsatztätigkeit hingewiesen werden. Diese ist durch verstärkte Käufe des durch die Kurssteigerungen in den letzten Tagen angelockten Publikums zurückzuführen, wobei eine Reihe günstiger Wirtschaftsmeldungen eine gute Stütze bot. Hierunter ist die erneute Steigerung der Sparkasseneinlagen im November, das Wolle-Tauschgeschäft mit Südafrika, die RWE-Rodbergrube-Fusion und die Dividendenerhöhung bei RWE sowie eine Auslassung der Sarotti-Verwaltung über erfolgreiche Geschäftsentwicklung zu erwähnen.

Rheinische Textil-Insolvenz.

Die seit mehr als 45 Jahren bestehende Firma W. Brüggemann u. Co. KG. vorm. Gebr. Alsberg Nachf., Manufaktur- und Textilwaren in Dortmund, ist, nach Mitteilung des Treuhänders Hugo Heide (Dortmund), mit einem Rundschreiben vom 28. Dezember 1934 an ihre Gläubiger herangetreten. Darin wird, laut „Konfektionär" zum Ausdruck gebracht, daß das Unternehmen durch einen Totalausverkauf die Gläubiger schnellstens zu befriedigen beabsichtigt. Sämtliche Erlöse abzüglich der unbedingt erforderlichen Unkosten werden restlos zugunsten der Gläubiger auf ein Treuhandkonto eingezahlt. Es ist beabsichtigt, aus den Reihen der Gläubiger eine Kommission zu bilden, die aus den Syndici der beteiligten Gläubiger-Schutzverbände und den Großgläubigern bestehen soll. Man hofft, in etwa einer Woche ein Prüfungsergebnis mit Status und Vergleichsvorschlag den Gläubigern vorlegen zu können. Um eine Vorwegbefriedigung einzelner Gläubiger zu vermeiden, soll im Bedarfsfalle das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt werden.

Märkte.

Metalle.

Berlin, 3. Jan. Elektrolytkupfer (Wirebars) 39,50 ℳ für 100 kg netto cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Aluminium 98-99 kg Bl. 144, Aluminium i. Walzo. Dr. 148, Reinnickel 98-99 kg 270, Silber in Barren 900 f 44,50—47,50.

Viehmarkt in Dorsten.

)!(**Dorsten, 3. Jan.** Auftrieb: 12 Stück Rindvieh, 572 Schweine und 11 Pferde. Es kosteten: Kühe 1. Sorte 330—370 Mk., 2. Sorte 250—330 Mk., 3. Sorte 180—250 Mark; Rinder 1. Sorte 260—290 Mk., 2. Sorte 210—260 Mark, 3. Sorte 160—210 Mk. Schweine 4—6 Wochen alt 7,20—10,80 Mk., 6—8 Wochen alt 10,80—14,40 Mk., 8—10 Wochen alt 14,40—18 Mk., 10—12 Wochen alt 18—21,60 Mark, 3—4 Monate alt 20—25 Mk., 4—6 Monate alt 25—40 Mk. Pferde 1. Sorte 320—380 Mk., 2. Sorte 250—320 Mk., 3. Sorte 200—250 Mk. — Nächster Viehmarkt am 24. Januar.

Amtliche Devisenkurse.

Berlin, den 3. Januar 1935.

Telegrafische Auszahlung	Geld 3. 1.	Brief 3. 1.	Geld 2. 1.	Brief 2. 1.
Aegypten 1 ägypt. Pfd.	12.51	12.54	12.555	12.585
Argentinien 1 Pap.-Peso	0.628	0.632	0.628	0.632
Belgien 100 Belga	58.19	58.31	58.27	58.39
Brasilien 1 Milreis	0.194	0.196	0.204	0.206
Bulgarien 100 Leva	3.047	3.053	3.047	3.053
Canada 1 kanad. Doll.	2.498	2.502	2.495	2.499
Dänemark 100 Kron	54.50	54.60	54.70	54.80
Danzig 100 Guld.	81.27	81.43	81.25	81.41
England 1 Pfund	12.205	12.235	12.25	12.28
Estland 100 estn. Kr.	68.68	68.82	68.68	68.82
Finnland 100 finnl. M.	5.385	5.395	5.405	5.415
Frankreich 100 Frcs.	16.41	16.45	16.405	16.445
Griechenland 100 Drach.	2.354	2.358	2.345	2.358
Holland 100 Gulden	168.21	168.55	168.13	168.47
Island 100 isl. Kr.	55.24	55.36	55.43	55.55
Italien 100 Lire	21.30	21.34	21.30	21.34
Japan 1 Yen	0.710	0.712	0.713	0.715
Jugoslawien 100 Dinar	5.649	5.661	5.649	5.661
Lettland 100 Latts	80.92	81.08	80.92	81.08
Litauen 100 Litas	41.66	41.77	41.66	41.74
Norwegen 100 Kronen	61.35	61.47	61.57	61.69
Oesterreich 100 Schill.	48.85	48.95	48.85	48.95
Polen 100 Zloty	47.00	47.10	47.00	47.10
Portugal 100 Escudo	11.08	11.10	11.115	11.135
Rumänien 100 Lei	2.488	2.492	2.488	2.492
Schweden 100 Kron	62.84	63.06	63.17	63.29
Schweiz 100 Franken	80.72	80.88	80.72	80.88
Spanien 100 Peseten	34.02	34.08	34.02	34.08
Tschechoslowakei 100 Kr	10.39	10.41	10.39	10.41
Türkei 1 türk. Pfd.	1.978	1.982	1.978	1.982
Ungarn 100 Pengö	—	—	—	—
Uruguay 1 Gold-Peso	1.049	1.051	1.049	1.051
V.St.v.Amerika 1 Doll.	2.476	2.480	2.481	2.485

Burgsteinfurter Vieh- und Pferdemarkt.

‡ **Burgsteinfurt, 3. Jan.** Zu dem heute abgehaltenen Vieh- und Pferdemarkt waren aufgetrieben: 32 Pferde, 4 Saugfohlen, 13 Stück Rindvieh, 735 Ferkel und 19 tragende Schweine. Es erzielten: Arbeitspferde 1. Sorte 600—700 Mk., 2. Sorte 500—600 Mk., 1½jährige Fohlen 450—550 Mk., ½jährige Fohlen 250—300 Mk. Handel bei Pferden und Fohlen langsam. Tragende Rinder wurden mit 180 Mk. gehandelt. Ferkel 6—8 Wochen alt 10—12 Mk., 8—10 Wochen alt 12—14 Mk., 10—12 Wochen alt 14—17 Mk., Läufer bis ¼ Jahr 18—20 Mk. Handel schleppend, Ueberstand. Tragende Schweine 70—115 Mk.

Dortmunder Pferdemarkt.

× **Dortmund, 3. Jan.** Auftrieb: 486 Pferde und 12 Wagen aller Art. Es kosteten: a) Kaltblüter: beste Arbeitspferde und Stuten 700—875 ℳ, 2. Arbeitspferde 550 bis 700 ℳ, 3. Arbeitspferde 400—550 ℳ, zweijährige Pferde 525—650 ℳ, einjährige Pferde 400—500 ℳ; b) Warmblüter: beste Arbeitspferde und Stuten 700—850 ℳ, 2. Arbeitspferde 550—650 ℳ, 3. Arbeitspferde 250—450 ℳ; c) Kreuzungen: beste Arbeitspferde und Stuten 600—750 ℳ, 2. Arbeitspferde 450—600 ℳ, 3. Arbeitspferde 250—375 ℳ. Einzelne ausgesuchte Tiere wurden über Notiz bezahlt. Der nächste Markt findet am 17. 1. statt.

Kasseler Schlachtviehmarkt.

◇ **Kassel, 3. Jan.** Auftrieb: Ochsen 25, Bullen 19, Kühe 79, Rinder 64, Kälber 244, Schweine 550, Schafe 1. Marktverlauf: Großvieh und Kälber mittel, Schweine langsam, geringer Ueberstand. Es kosteten: Ochsen: a) 34—37, b) 28—33, c)—d) 22—27; Bullen: a) 34, b) 29 bis 34, c) 26—28; Kühe: a) 32—34, b) 25—31, c) 18—24, d) 14—17; Färsen: a) 36, b) 30—35, c) 24—29, d) 21—22; Kälber: a) 35—41, b) 30—34, c) 27—29, d) 22—27; Schweine: a1) 53, a2) 51—52, b) 48—50, c)—d) 44 bis 48, e) —, f) —, g1) 48—50, g2) 43—47.

Die Bürgersteuer für 1935.

Es ist leider dieses Jahr noch nicht möglich gewesen, die so wenig beliebte Bürgersteuer ganz zu beseitigen. Immerhin konnte sie wesentlich sozialer gestaltet werden.

Befreiungen.

Die Bürgersteuer darf nicht erhoben werden von Personen,

1. die am 10. Oktober 1934 noch nicht 18 Jahre alt waren,
2. die am Fälligkeitstag Arbeits- oder Krisenunterstützung beziehen,
3. die am Fälligkeitstage Fürsorgeunterstützung beziehen,
4. von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die eine Zusatzrente erhalten,
5. von den Angehörigen der Wehrmacht und der Landespolizei, wenn sie 1935 weder zur Einkommensteuer noch zur Lohnsteuer herangezogen werden.
6. von Blinden, deren gesamte Einkünfte 1935 voraussichtlich nicht mehr als 4500 ℳ betragen werden.
7. von Personen, deren gesamten Einkünfte 1935 130% des Betrages nicht übersteigen, den sie nach ihrem Familienstand am 10. Oktober 1934 als Fürsorgeunterstützung erhalten würden.

Ergibt sich bei der Berechnung dieser Freigrenze ein Betrag von weniger als 325 ℳ, so beträgt die Freigrenze 325 ℳ.

Haushaltsbesteuerung.

Der Haushaltsvorstand wird mit seinem Ehegatten, von dem er nicht dauernd getrennt lebt, und mit seinen minderjährigen, über 18 Jahre alten Kindern, die nicht Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit aus einem dem Haushaltungsvorstand fremden Betrieb beziehen, zusammen besteuert.

Liegen die Voraussetzungen für die Befreiung beim Ehemann vor, so sind beide Ehegatten steuerfrei, desgleichen auch die Kinder, soweit bei diesen nichtlohnsteuerpflichtige Einkünfte in Frage kommen; liegen sie nur bei der Frau vor, so wird der Ehemann trotzdem besteuert.

Bei Ermittlung der allgemeinen Freigrenze ist bei Personen, die in Haushalt oder Betrieb eines anderen (z. B. der Eltern) eine Arbeitskraft ersetzen, wenn ein Dienstvertrag nicht besteht, der halbe Wert der gewährten freien Unterkunft und Beköstigung, Kleidung, Taschengeld zu den Einkünften zu rechnen, wobei für die Sachbezüge die für den Steuerabzug vom Arbeitslohn maßgebenden Wertfestsetzungen gelten. Außerdem sind bei dieser Ermittlung der Freigrenze nur die Einkünfte anzusetzen, die nicht mit den Einkünften des Haushaltungsvorstandes zusammengerechnet werden.

Steuerermäßigung.

Eine Steuerermäßigung tritt nur auf Antrag ein, der auch noch nach Ablauf der Rechtsmittelfrist gestellt werden kann. Jedoch wird dann die Ermäßigung nur für solche Teilbeträge gewährt, die nach dem Eingang des Antrags fällig werden.

Die Steuerermäßigung ist möglich

1. bei Steuerpflichtigen, zu deren Haushalt am 10. Oktober 1934 mindestens 2 minderjährige Kinder gehört haben,

um je 2 ℳ für das 2. und jedes weitere minderjährige Kind, wenn das Einkommen des Steuerpflichtigen nicht mehr als 2400 ℳ beträgt,

um je 1 ℳ für das 2. und 3., und um je 2 ℳ für jedes weitere minderjährige Kind, wenn das Einkommen des Steuerpflichtigen 2400—12000 ℳ beträgt.

Als Kinder gelten auch Stiefkinder, Adoptivkinder, Pflegekinder und deren Abkömmlinge.

2. bei Personen, von denen anzunehmen ist, daß sie 1935 einkommensteuerfrei werden, auf den niedrigsten Satz. Bei Arbeitnehmern, für die Lohnsteuer nicht einzubehalten ist, hat der Arbeitgeber nur den niedrigsten Betrag der Bürgersteuer einzubehalten. Dies kommt vor allem bei Kurzarbeitern und solchen Arbeitern in Frage, die einen niedrigen Lohn erhalten. Der Arbeitgeber muß diese Ermäßigung auch ohne Antrag berücksichtigen.

3. bei Personen, von denen anzunehmen ist, daß ihr Einkommen 1935 gegenüber ihrem Einkommen 1934 um mehr als 30 Proz. zurückgegangen ist. Ist bei einem Arbeitnehmer ein solcher außerordentlicher Einkommenrückgang eingetreten, so beschleunigt ihm der Leiter der Gemeinde auf Antrag die Höhe der künftig einzubehaltenden Teilbeträge mit der Weisung an den Arbeitgeber, diese nach der Bescheinigung vom Zeitpunkt ihrer Vorlage ab vom Arbeitslohn einzubehalten.

Erlaß der Bürgersteuer.

Auch soweit die Bürgersteuer nicht zu ermäßigen ist, kann diese aus Billigkeitsgründen erlassen werden, wenn die Einziehung der Steuer im einzelnen Falle eine besondere Härte wäre.

Berliner Getreidegroßmarkt

vom 3. Januar 1935.

Amtliche Preise in Mark, bei Getreide und Oelsaaten für 1000, bei Mehl und Kleie für 100 kg, sonst für 50 kg.

Weizen, märk., Durchschnittsqualität: 76/77, frei Berlin 207.00

ges. Erzeugerpreis, Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	196.00	197.00	198.00	199.00	201.00	203.00

Roggen, märk., Durchschnittsqualität: 71/73, frei Berlin 169.00

ges. Erzeugerpreis, Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	156.00	157.00	158.00	159.00	161.00	163.00

Gerste, kein. Braugerste, neue, fr. Berlin	211.00—218.00	ab märk. Station Wintergerste, vierz.*)	—
ab märk. Station	202.00—209.00	ab märk. Station	—
gute, frei Berlin	203.00—212.00	Industriegerste (Sommergerste), frei Berlin	198.00—202.00
ab märk. Station	194.00—203.00	ab märk. Station	189.00—193.00
Wintergerste, zweiz.*)	—		

*) Zu Industriezwecken.

Futtergerste, 59/60

ges. Erzeugerpreis, Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX
	156.00	157.00	159.00	162.00	164.00

Bei Lieferung von Sommer-Futtergerste kommt ein weiterer Aufschlag von 5 Mk. je Tonne hinzu.

Hafer, märk., Durchschnittsqualität 48/49

ges. Erzeugerpreis, Preisgebiet	IV	VII	X	XI	XIII	XIV
	150.00	154.00	157.00	159.00	162.00	164.00

Weizenmehl, Type 790

Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	26.65	26.80	26.95	27.10	27.40	27.70

10 % Auslandweizen — 1.50 Mk. Aufgeld. — 20 % Auslandweizen — 3.00 Mk. Aufgeld.

Roggenmehl, Type 997

Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	21.65	21.75	21.90	22.05	22.35	22.65

Raps — | **Leinsaat** —

Weizenkleie, Preisgebiet

	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	11.30	11.35	11.40	11.45	11.55	11.70

Roggenkleie, Preisgebiet

	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	9.75	9.80	9.90	9.95	10.10	10.20

Viktoriaerbsen	35.0—36.0	Seradella, neue ungereinigt*)	17—17.25	Sojabohnenschr. 45% a. Kbg*)	6.50
Speise- „ kleine	—	Seradella, neue gereinigt*)	20—21	45% a. Stettin*)	6.70
Peluschken	—	Leinkuchen, 37%	7.65	Kartoffelflocken	
Ackerbohnen**)	13.50—14	Erdnußkuch. 50%	7.25	Pariti. wagg. Stolp	6.75
Wicken	—	Erdnußkuchenm.	7.60	Kartoffelflocken, waggonfrei Berlin	9.30
Lupinen, blaue*)	8.75—9.00	Trockenschnitzel	4.35		
Lupinen, gelbe	12¼—12½				

Einschl. Monopol-Zuschlag ¹) 1.30, ²) 1.45, ³) 1.55, ⁴) 1.55. *) Ost- und Westpreußische Station, **) Ostpreußische Station.

Bremen: Baumwolle

	3. 1. Brief	3. 1. Geld	3. 1. bez.	2. 1. Brief	2. 1. Geld	2. 1. bez.
Loco	14.78	—	—	14.77	—	—
Dez.	—	—	—	—	—	—
Jan.	—	—	—	—	13.81	14.07
März	14.44	14.42	14.43	14.47	14.43	14.47
Mai	14.79	14.77	14.78	14.85	14.80	14.83
Juli	14.95	14.93	14.95	15.10	15.05	15.10
Okt.	—	—	—	—	—	—

Liverpool: Ostind. Baumw.

	3. 1.	2. 1.
Loco Surtee	6.73	6.75
„ Broach	5.88	5.90
„ Punjab/A.	5.92	5.94
„ Centr. Pr.	5.92	5.92
„ Beng. F. G.	3.94	3.94
„ Beng. Sup.	4.14	4.14
„ Sind F. G.	3.94	3.94
„ Sind Sup.	4.14	4.14

Liverpool: Baumwolle

	3. 1.	2. 1.
Loco	7.21	7.22
Januar	6.91	6.92
Februar	6.90	6.91
März	6.78	6.89
April	6.77	6.88
Mai	6.85	6.86
Juni	6.84	6.85
Juli	6.79	6.80
August	6.76	6.77
September	6.73	6.74
Oktober	6.72	6.73
November	6.71	6.71
Dezember	6.71	6.71
Januar	6.71	6.70
März	6.70	6.69
Mai	6.69	6.68
Juli	6.65	6.65
Oktober	—	—
Januar	—	—
Tagesimport	19100	19900

Notierungen für Sakellaridis u. Upper F.G.F.

	3. 1. Sak.	3. 1. Up.
Januar	8.61	7.65
März	8.60	7.65
Mai	8.61	7.65
Juli	8.63	7.57
Oktober	8.59	7.54
November	8.59	7.54
Dezember	8.58	7.50
Loco	8.96	7.88

New Orleans: Baumwolle

	3. 1.	2. 1.
Loco	12.91	12.91
Januar	12.58	12.58
März	12.70	12.72
Mai	12.77—78	12.79
Juli	12.81—82	12.82
Oktober	12.63—64	12.66
Dezember	12.69—70	12.72

New Yorker Baumwollkurse

	3. 1.	2. 1.
Loco	12.85	12.85
Januar	12.54	12.55
Februar	12.61	12.62
März	12.69—70	12.70—71
April	12.72	12.73
Mai	12.76	12.77
Juni	12.77	12.80
Juli	12.79	12.84
August	12.74	12.78
September	12.69	12.72
Oktober	12.63	12.67
November	12.65	12.69
Dezember	12.68	12.72

Geschätzte Totalzufuhren . . —
Baumwollzufuhr in Atl. Häfen —
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen 6000
Zufuhren in Pacific-Häfen . . 13000
Export nach England 1000
Export n. d. übrig. Kontinent 5000
Export nach Japan u. China . 27000
Fracht nach Liverpool . . . . —
Fracht für Standard . . . . . —
Export n. Kanada u. Mexiko —

Turnen Spiel Sport

Um die westfälische Handball-Meisterschaft.

Polizei Dortmund in Münster.

Die Meisterschaftsspiele in der westfälischen Handball-Zehnerliga stehen in dieser Saison unter einem unglücklichen Stern. Die Mannschaft der Bielefelder Polizisten hat sich vom Spielbetrieb ganz zurückgezogen, aber die amtliche Bestätigung fehlt noch. Außerdem trat Arminia Bielefeld vergangenen Sonntag bei Tus Hagen-Eilpe „krankheitshalber" nicht an und so fielen zwei Punktekämpfe aus. Es scheint also, daß es in dieser Spielserie nicht recht klappt.

Am kommenden Sonntag weist das Programm wieder vier Punktekämpfe auf. Der Tabellenführer Hindenburg Minden wird wohl gegen Polizei Bielefeld nicht anzutreten brauchen, da die Bielefelder schon zweimal abgesagt haben. Schalke 04 hat VfL. Hagen zu Gast und wird hier keinen leichten Stand haben. Die Polizeimannschaften von Münster und Dortmund werden sich einen interessanten Kampf liefern, in dem die Platzherren knapp das bessere Ende für sich haben sollten. Arminia Bielefeld trifft auf Preußen Paderborn; hier sind die Aussichten ebenfalls verteilt.

Das Programm am 6. Januar lautet:

Schalke 04 — VfL. Hagen,
Hindenburg Minden — Polizei Bielefeld,
Polizei Münster — Polizei Dortmund,
Arminia Bielefeld — Preußen Paderborn.

Strenge Strafen im westfälischen Handball.

Wie wir den „Amtlichen Mitteilungen" entnehmen, hat die westfälische Handball-Gauleitung wegen undisziplinierten Benehmens einige Ausschlußstrafen auf Zeit ausgesprochen. So ist der bekannte Mittelstürmer von Hindenburg Minden, Möller, bis zum Schluß dieser Spielzeit gesperrt. Ein weiterer westfälischer Repräsentativer, Coßmann vom VfL Hagen, ist bis zum 17. Februar gesperrt, ebenso wie Klischat vom TuS Hagen-Eilpe. Die gesamte 1. Mannschaft des TuS Hagen-Eilpe erhält eine ernste Verwarnung.

24 Stundenrennen in Antwerpen.

Einen sehr schlechten Publikumserfolg hatte in Antwerpen das von 22 Berufsfahrern bestrittene Einzelfahren um die „Goldene Schale". Der Belgier Dictus gewann überlegen und fuhr in 24 Stunden die beachtliche Leistung von 789,500 km heraus, was einem Stundenmittel von 32 km entspricht. Verdyck, Huys und Mertens belegten die nächsten Plätze. Thierbach-Dresden gab in der letzten Stunde auf. Der vorausgegangene Steherkampf wurde von Ronße gegen Meulemann gewonnen.

Fritz Eickeltrath †

Essen, 2. Januar.

Der deutsche Kraftsport steht wieder an der Bahre einer seiner Pioniere. Nachdem im November 1934 der erste Reichssportwart der Schwerathleten, Heinrich Brunner (Weingarten i. Baden), für immer die Augen schloß, ging am Silvesternachmittag, also kurz vor der Jahreswende, der langjährige Reichssportwart für Gewichtheben und Musterriegen, Fritz Eickeltrath, Essen, heim. Im Alter von 58 Jahren, nach zweijähriger schwerer Krankheit, wurde er abgerufen.

Thomas und Euwe führen in Hastings.

London, 3. Januar.

1. Euwe gegen Milner-Barry: Euwe gewinnt. 2. Botwinnik gegen Lilienthal: Unentschieden. 3. Capablanca gegen Michell: Capablanca gewinnt. 4. Sir George Thomas gegen Frl. Menschik: Thomas gewinnt. 5. Flohr gegen Norman: Flohr gewinnt. Das vertagte Spiel Thomas gegen Flohr endete unentschieden.

Bisheriges Gesamtergebnis: Thomas und Euwe je 4½ Punkte, Lilienthal 4, Capablanca und Flohr je 3½ Punkte.

Anzeigenteil

Hanomag-Automobile

— Wagen bester Qualität —

Carant-Limousine RM. 2375.— Kurier-Limousine RM. 2975.—
Rekord-Limousine „ 3475.— Sturm-Limousine „ 4350.—

Alle Wagen haben Eindruck-Schmierung, Oeldruckbremse, Viergangetriebe, Stahlkarosse hohe Beschleunigung, große Bergfreudigkeit, gute Wirtschaftlichkeit usw. [6145

Lieferbar schon jetzt! Generalvertretung ab 1. Januar 1935:

Fischer & Co., Münster i. Westf.

Zu vermieten in Dülmen:
Ladenlokal, 65 qm groß, mit Lagerraum, kleinem Keller u. Wohnung im Mittelpunkt der Stadt gelegen. Off. unter A Z 1000 an die Anz.-Verw. der Zeno, Münster. [24

Stellenmarkt

Bewerbungen auf Chiffre-Anzeigen keine Original-Zeugnisse beifügen. Zeugnisabschriften, Lichtbilder usw. müssen auf der Rückseite Namen und Anschrift des Bewerbers tragen.

Angebote

Suche zum 1. Februar gesund. kath. Mädchen im Alter von 15 bis 20 Jahren, welches gut melken kann. [19
Schulze Kalkoff, Dernekamp b. Dülmen.

Kath. Mädchen
das auch melken kann, zum 1. oder 15. Jan. 1935 für die Landwirtschaft gesucht. Offert. unt. Z 218 an die Volkszeitung, Dorsten i. W. [23

Auf ein Gut wird zum 15. Jan. ein kath. [28 **Mädchen** für alle vorkommenden Arbeiten gesucht. Abwechselnd Küche.
H. Brinkmann, Nottuln-Stockum.

Braves kath. **Mädchen**, Alter nicht unter 17 J., f. Garten- u. Hausarbeit in Landstädtchen im Münsterl. a. 1. 2. gesucht. Off. unter 1024 an Ala-Agentur Lückerath, Münster i. W. [25

Für unsere kath. Wochenschrift „Die christliche Familie" suchen wir sofort zuverlässige [21 **Abonnentenwerber**. Ausführl. Ang. an Otto Lüthy, Münster i. W., Stautenstraße 9.

„Der Westfale" Wir suchen fachkundigen [18 **Generalvertreter** für dortigen Bezirk.
Fahrzeugwerke Recklinghausen. Telephon 4541/42

Gesuche

Junger Mann, d. 3 J. einen Einspänner gefahren hat, sucht Stelle als [22 **Kutscher**. Angeb. mit Ang. des Geschäftsbetr. u. Lohnes u. H B 200 an d. Dülmen. Zeitg. Dülmen erb.

Für kath. [20 **Polsterer-Lehrling** im 2. Lehrjahre wird eine andere **Lehrstelle** (auch Sattl. u. Polst.) ges. m. K. u. L. b. Meister, ohne sonst. gegenl. Berg. Gefl. Zuschr. unt. D 422 an die Anz.-Verw. der Zeno, Münster.

Ihre Angebote sind erwünscht!
Sagen Sie es recht oft, was Sie anzubieten haben. Sagen Sie es eindringlich u. überzeugend. Es gibt kein besseres Mittel, um täglich Tausenden neue Argumente, neue Kaufanregungen zu geben als die Anzeige in den **Zeno-Zeitungen**. Anzeigen-Verwaltung der Zeno, Münster i. West!



Was ist Balatum?
Balatum ist ein Bodenbelag aus gepreßtem, wasserdichtem Filz. Gehärtete Farbschichten bilden die schmutzwiderstehende Oberfläche. Es ist ein schöner, dauerhafter Bodenbelag, der ohne Kleben und Nageln flach liegt, nicht viel kostet und leicht in Stand zu halten ist. Das ist das echte
Balatum
Herst.: Balatum-Werke Neuß a. Rh.

Olsberg-Öfen
DEUTSCHE WERTARBEIT



Darmträgheit
Verstopfung od. Verdauungsstörungen, oft der Beginn nicht leicht zu nehmender Übel. Einzigartige Erfolge mit **Reininetten-Früchtekrapfen**.
Das unschädliche pflanzl. Feigen-Naturprodukt zur Stuhlregelung. RM 1.25, 1.95 in Apotheken und Drogerien